Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Amtliches Publikationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte.

Nr. 24. Mittwoch, den 29. Januar 1919. 26. Jahrg.

Geldlohn und Warenpreis.

Die letzten Wochen haben uns eine reichliche Menge von Streiks beschert, die zum Teil für das Wirtschaftsleben die größten Gefahren gebracht haben. Die Sozialdemokratie ist stets für die Verbesserung der Lage der Arbeiter und für die Berechtigung von Streiks eingetreten, wenn auf andere Weise eine Besserung der Arbeitsbedingungen nicht erzielt werden konnte. Aber immer sind Partei und Gewerkschaften auch der Meinung gewesen, daß nicht blind drauflos gestreikt werden darf, sondern daß in jedem einzelnen Falle abgewogen werden muß, ob durch einen Streik ein dauernder Nutzen für die Arbeiterschaft erzielt wird. Bei den Streiks der letzten Wochen haben wir es zum größten Teil mit Bewegungen von Arbeitern zu tun, die der modernen Arbeiterbewegung früher ferngestanden haben. So waren die oberschlesischen Arbeiter in ihrer Mehrzahl gar nicht oder nicht in den freien Gewerkschaften organisiert. Es rächt sich hier die Politik der früheren Gewalten und der Unternehmer, die es verhindert haben, daß die Arbeiter von der Organisation erfaßt und von dieser aufgeklärt wurden. So braucht man sich jetzt nicht darüber zu wundern, wenn Arbeiter glauben, daß die Revolution vor allen Dingen zur Erlangung höherer Löhne ausgenutzt werden müsse. Gewiß wird man es auch unter den gegenwärtigen Umständen einer Arbeitergruppe, die besonders ungünstig gestellt ist, nicht verdenken können, wenn sie eine Aufbesserung ihrer Bezüge zu erlangen sucht. Aber eine Betrachtung unserer volkswirtschaftlichen Zustände muß den Arbeitern zeigen, daß im allgemeinen Lohnerhöhungen jetzt für die Arbeiterschaft keinen dauernden Gewinn bringen.

Wird von Arbeitern eine Lohnerhöhung erreicht, so ist folgendes möglich: Entweder die Lohnerhöhung erfolgt auf Kosten des Unternehmerprofits oder sie bedeutet für die Unternehmer überhaupt keine Erhöhung der Ausgaben für die Arbeitskraft, weil sie durch die größere Leistungsfähigkeit der Arbeiter oder durch technische Verbesserungen ausgeglichen wird, oder schließlich, es erfolgt eine den Lohnerhöhungen entsprechende Verteuerung der von den in Frage kommenden Arbeitern hergestellten Waren. In normalen Zeiten ist es häufig den Unternehmern nicht möglich gewesen, eine Lohnerhöhung durch eine Warenverteuerung auszugleichen, weil die Preisgestaltung vom Weltmarkt abhängig ist und die Unternehmer daher den Preis nicht willkürlich erhöhen können. Sie müssen sich daher mit einer Verminderung ihres Profits begnügen oder sich auf andere Weise helfen. Die Grenzen, die in gewöhnlichen Zeiten häufig einer Preissteigerung gesetzt sind, sind aber jetzt nicht vorhanden. Deutschland ist noch immer blockiert, und wo es sich um Waren handelt, die dringend gebraucht werden, kann niemand die Unternehmer hindern, die Lohnerhöhung durch einen Preisaufschlag wieder auszugleichen. Das kann den Arbeitern gleichgültig sein dort, wo es sich um Güter handelt, die nur dem Bedarf der Besitzenden dienen. Aber heute nimmt die Erzeugung von Luxuswaren nur einen ganz geringen Raum in unsrer Gütererzeugung ein. Soweit überhaupt heute noch produziert wird, werden in Deutchland meistens Waren hergestellt, die von den breiten Massen gebraucht werden. In sehr vielen Fällen führen die Lohnbewegungen nur dazu, daß eine einzelne Arbeitergruppe auf Kosten der breiten Massen eine Besserung ihrer Lage erreicht, und dieser Erfolg ist nur vorübergehend, denn eine Lohnerhöhung und eine damit verbundene Preissteigerung an der einen Stelle erzeugt Lohnforderungen an anderen Stellen. Die Folge davon ist, daß die Verteuerungen der Lebenshaltung immer größer wird und nach einiger Zeit sind die Arbeiter trotz allen Lohnerhöhungen genau so weit, wie sie gewesen sind.

Der einzige, freilich sehr zweifelhafte Erfolg der Lohnbewegungen ist, daß der Berg von Papiergeld, der sowieso eine schwere Gefahr für unser Wirtschaftsleben ist, noch vergrößert wird. Zu welchen unsinnigen Zuständen eine fortgesetzte Steigerung der Löhne führt, durch die weiter nichts erreicht wird, als ein Sinken des Geldwertes, sieht man in Rußland. Von dort kommt die Meldung, daß in Penso 14 000 Mann daran arbeiten, die Riesenmenge von Papiergeld herzustellen, die Rußland infolge der vollkommenen Geldentwertung braucht.

Durch das Sinken des Geldwertes im Innern wird auch der Stand unserer Valuta immer schlechter. In normalen Zeiten wurde der Wert des deutschen Geldes durch das Gold reguliert. Jeder, der im Ausland eine Forderung auf Deutschland hatte, wußte, daß er für etwa 1392 Mark ein Pfund gediegenes Geld bekommen konnte. Heute kann man aber nicht ohne weiteres deutsches Geld in Gold umwandeln. Die paar Milliarden Gold, die in der Reichsbank lagern, würden bald verschwunden sein, wenn die Reichsbank das Gold zu Zahlungen nach dem Ausland freigäbe. Der Ausländer, der deutsches Geld oder Forderungen auf deutsches Geld hat, kann diese nur verwerten, indem er in Deutschland irgendwelche Waren kauft. Wenn aber in Deutschland alle Warenpreise steigen, so weiß er, daß er für die gleiche Summe deutschen Geldes viel weniger Waren bekommt als früher. Er muß infolgedessen deutsches Geld im Verhältnis zu seinem einheimischen Geld sehr gering bewerten. Die Folge davon ist aber wieder, daß Deutschland, wenn es Waren im Ausland kauft, sehr hohe Summen in deutschem Geld zahlen muß, daß also die Preise der eingeführten Waren sehr hoch werden. Deutschland ist aber darauf angewiesen, möglichst bald Waren aus dem Ausland einzuführen, wenn wir um eine Hungersnot herumkommen und wenn wir die nötigen Rohstoffe erhalten wollen, die wir brauchen, um unsere Industrie wieder in Gang zu setzen.

Außerdem ist nicht zu verkennen, daß heute bereits viele Unternehmungen ohne Profit arbeiten. Wir Sozialdemokraten wollen, daß die Betriebe von der Gesamtheit übernommen werden. Wir wissen aber, daß das von heute auf morgen nicht möglich ist, und daß wir daher auch ein Interesse daran haben, daß die vorhandenen Betriebe arbeitsfähig bleiben. Es besteht aber die Gefahr, daß, ähnlich wie in Rußland, viele Betriebe ruiniert werden, wenn sie auf die Dauer ohne Profit oder wenn sie gar mit Verlust arbeiten müssen. Und daß dadurch ein Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft in höchstem Maße erschwert wird, muß jeder Arbeiter einsehen.

Ein Ausgleich der erhöhten Löhne durch größere Leistungsfähigkeit der Arbeiter kommt unter den gegenwärtigen Verhältnissen im allgemeinen nicht in Frage, da es jetzt den Arbeitern trotz der höheren Löhne nicht möglich ist, sich besser zu ernähren und eine Verbesserung der technischen Einrichtungen wird bei dem allgemeinen Mangel an Maschinen und Rohmaterialien meist nicht durchgeführt werden können.

Die Arbeiter müssen sich darüber klar sein, daß es nicht auf die Nominalhöhe der Löhne ankommt, nicht darauf, wieviel Papierscheine sie am Lohntage nach Hause schleppen, sondern darauf, wieviel Waren sie dafür kaufen können. Nun sind wir aber infolge des Krieges kolossal arm an Waren geworden. Ein großer Teil unserer Arbeitsfähigen war im Felde und hat überhaupt keine wirtschaftliche Arbeit leisten können. Von dem übrigen Teil ist hauptsächlich Kriegsgerät und Munition hergestellt worden, also Dinge, die heute volkswirtschaftlich gar keinen Nutzen haben. Dazu kommt, daß wir durch die Blockade an der Einfuhr von Waren aus dem Ausland verhindert werden. Wir müssen jetzt vor allem unsere Volkswirtschaft in Gang bringen, möglichst viel Waren herstellen, sowohl für unseren Bedarf als auch für die Ausfuhr nach dem Ausland, damit wir etwas haben, womit wir die Einfuhr von ausländischen Waren bezahlen können. Wir müssen jetzt aus dem Zustand der Unproduktivität, in dem sich jetzt unsere Volkswirtschaft befindet, herauskommen, was freilich vollkommen erst dann möglich sein wird, wenn wir Frieden haben und die Blockade aufgehoben ist. Aber gerade deswegen, weil wir sowieso durch die Blockade an vielen Stellen an der Aufnahme unserer wirtschaftlichen Tätigkeit gehindert sind, muß überall dort, wo es irgend möglich ist, mit Hochdruck gearbeitet werden, daran hat gerade die Arbeiterschaft ein großes Interesse. Wenn wir wieder einigermaßen normale volkswirtschaftliche Verhältnisse haben, dann wird die Zeit dazu sein, um den Arbeitern einen möglichst hohen Anteil am Ertrag der Produktion zu sichern. Durch die Revolution ist für die Bestrebungen der Arbeiter, ihre Lage zu verbessern, eine bessere Grundlage geschaffen, als sie früher vorhanden war. Die Errungenschaften der Revolution nützen aber dem deutschen Volke nichts, wenn es nicht gelingt, aus den schlechten wirtschaftlichen Zuständen, in denen wir uns jetzt befinden, herauszukommen. Und dabei können die Arbeiter helfen, indem sie sinnlose Streiks unterlassen.

Ein Regierungsaufruf zum Schutz der Ostgrenze.

Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik (gez. Cohen) und Oberbefehlshaber der Regierungstruppen in Berlin, Noske, erlassen folgenden Aufruf an alle deutschen Männer:

Von Tag zu Tag nimmt die unserer Heimat vom Osten drohende furchtbare Gefahr zu. Die Russen, Polen und Tschechen greifen nach deutschem Besitz. Schon stehen die Armeen der Bolschewiki vor den Toren Ostpreußens und die Polen weit in altdeutschem Gebiet. Auch im Innern unseres Staatskörpers macht die bolschewistische Bewegung weitere Fortschritte. Ungeachtet des namenlosen Elends, das der Bolschewismus über das russische Volk heraufbeschworen hat, bereiten gewissenlose Elemente von neuem einen blutigen Kampf gegen die Regierung und gegen die kommende Nationalversammlung vor. Wehe Euch, wenn es der terroristischen Minderheit gelingt, die Macht an sich zu reißen! Statt der verheißenen Freiheit wird, wie in Rußland, Hunger, Knechtschaft, Erwerbs- und Rechtlosigkeit das Los unseres Volkes sein. Wehe Euch, wenn die Heere fremder Völker über die östlichen Grenzen hereinbrechen! Euch allen, die Ihr vier Jahre lang die deutsche Heimat heldenhaft geschützt habt, gilt in erster Linie dieser Mahnruf. Helft auch jetzt mit, die bitterste Not abzuwenden. Meldet Euch bei den Freiwilligen-Verbänden, die die Regierung zum Schutze der Grenzen, zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung im Innern aufgestellt hat. Kommt nach Berlin zur Garde-Kavallerie-Schützen-Division (Werbebureau Deutsches Künstler-Theater, Nürnbergerstraße 70), zum Regiment Reinhard (Moabit, Neues Kriminalgericht), zum Landes-Jägerkorps (Steglitz, Albrechtstraße 131), zum Landes-Schützenkorps (Berlin, Joachimstalerstraße 38), zum Freikorps Hülsen (Louisen-Café, Berlinerstraße, Charlottenburg), zur Deutschen Schützendivision (Charlottenburg, Rankestraße 34). Meldet Euch bei den von den Generalkommandos in der Provinz aufgestellten Freiwilligen-Verbänden und bei den Bezirkskommandos.

Die Pflicht aller Behörden und Privatunternehmer ist es, die Werbung mit allen Mitteln zu unterstützen. Sie müssen im Interesse der großen Sache dafür sorgen, daß die sich freiwillig Meldenden keinen Schaden für ihre dienstliche geschäftliche und wirtschaftliche Zukunft erleiden.

Die Wahlen in Preußen.

Die Wahlen zur preußischen Landesversammlung ergaben Mehrheitssozialisten 138, Unabhängige 24, Demokraten 62, Christliche Volkspartei und Welfen 74, Deutsche Volkspartei 19, Deutschnationale Volkspartei 38. Hierzu tritt ein Bauerndemokrat. Der bürgerliche Rechtsblock hat damit 131 Mandate gegen 62 der Demokraten und 138 der Mehrheitssozialisten erstritten.

Einzelergebnisse.

Berlin: D. Demokr. P. 142 552, Deutsche Volkspartei 51 692, Deutsch-Nationale Volkspartei 97 345, Zentrum 52 261, Soziald. Mehrheitspartei 341 499, Unabhängige 269 264, Reformer 14, ungültig 2301. Es fehlen sechs Stimmbezirke. Die Verteilung wäre danach: 8 Mehrheitssozialisten, 6 Unabhängige, 3 Demokraten, 2 Deutschnationale, 1 Volkspartei, 1 Zentrum.

Potsdam: Die Demokraten 155 765, die Sozialdemokraten 315 259, die Unabhängigen 115 133, Zentrum 18 327, die Deutsche Volkspartei 58 419, die Deutschnationale Volkspartei 106 526. Es fehlen noch die Ergebnisse aus 93 Wahlbezirken. Wenn sich wesentliche Aenderungen nicht ergeben, erhalten voraussichtlich die Demokraten 3, die Sozialdemokraten 6, die Unabhängigen 2, die Deutsche Volkspartei 1 und die Deutschnationale Volkspartei 3 Sitze.

Teltow-Beeskow-Charlottenburg: Im Wahlkreis Potsdam 10 erzielten die Sozialdemokraten 280 552, die Demokraten 134 357, die Unabhängigen 119 353, die Deutschnationalen 118 521, die Deutsche Volkspartei 82 916 und das Zentrum 32 907 Stimmen. Gewählt wurden: D. Demokr. P. 4, Mehrheitssozialisten 5, Unabh. Soz. 2, D.-Nat. Volkspartei 1, D. Volkspartei 2.

Frankfurt a. O.: D. Demokr. P. 117 451, D. Volksp. 19 761, D.-Nat. Volksp. 113 608, Zentrum 8491, Mehrheitssozialisten 283 940, U. S. P. 3706. Gewählt wurden: 4 Deutsche Demokraten (Dr. Bollert), 3 Deutschnationale (v. Oppen), 6 Mehrheitssozialisten (Faber).

Stettin: D. Demokr. P. 134 079, D. Volksp. 72 91[illegible] D.-Nat. Volksp. 176 020, Zentrum 3784, Soz. P. 290 54[illegible] U. S. P. 10 224, Wilder Zentrumsmann 370. Gewählt sind demnach: 3 D. Demokr. P., 2 D. Volksp., 5 D.-Nat. Volksp., 7 Mehrheitssoz.

Reg.-Bez. Breslau: Demokraten 117 235 Stimmen, Deutsch-Nationale Volkspartei 125 118 Stimmen, Zentrum 178 623 Stimmen und Mehrheitssozialdemokraten 376 01[illegible] Stimmen. Gewählt sind D. Demokr. P. 2, D.-Nat. Volksp. 3, Zentrum 4, Mehrheitssoz. 9.

Reg.-Bez. Liegnitz: Demokraten 136 318, Deutschnationale Volkspartei 73 643, Zentrum 50 076, Sozialdemok. 263 852, Evangelische Volkspartei 546 Stimmen. Gewählt wurden D. Demokr. P. 3, D.-Nat. Volksp. 2, Zentrum 1, Sozialdemokraten 6.

Merseburg-Erfurt und Schmalkalden: Unabhängige 350 518, Mehrheitssozialisten 144 561, Demokraten 208 40[illegible], Deutschnationale 120 124, Deutsche Volkspartei 12 263, Zentrum 52 135. Demnach entfallen Sitze auf die Unabhängigen 4, Mehrheitssozialisten 3, Demokraten 5, Deutschnationale 2, Zentrum 1.

Aurich-Stade-Osnabrück: Zentrum 87 907, Deutsche Volkspartei 46 942, Deutsche Demokratische Partei 92 063, die Deutsch-Hannoversche Partei (Welfen) 84 964, die Deutschnationale Volkspartei 20 406, die Sozialdemokraten 152 36[illegible] Stimmen. Gewählt wurden D. Demokr. P. 3, Zentrum 1, D. Volksp. 1, Welfen 2, Sozialdem. 3.

Hannover-Hildesheim-Lüneburg: D. Dem. P. 88 7[illegible] (2 Sitze), D. Volksp. 80 302 (2 Sitze), Zentrum und Deutsch-hannoversche Partei 295 584 (7 Sitze), D.-Nat. V. 24 29[illegible], Soz. 440 003 (9 Sitze), U. S. P. 10 977.

Reg.-Bez. Arnsberg: D. Dem. P. 102 231 (2 Sitze), D. Volksp. und D.-Nat. Volksp. 165 872 (4 Sitze), Zentrum 324 908 (7 Sitze), Soz. 446 211 (10 Sitze), U. S. P. 49 2[illegible] (1 Sitz).

Hessen-Nassau. D. Demokr. P. 207 273, D. Volksp. 59 389, Zentrum 165 416, D.-Nat. 91 326, Soz. P. 382 35[illegible]

U. S. P. 34 604 Stimmen. Aus 575 Stimmbezirken aus dem besetzten Gebiet fehlen noch die amtlichen Wahlprotokolle, doch wird, nach Ansicht der Wahlkommissare, die vorläufige Feststellung nicht wesentlich verändert. Voraussichtlich gewählt sind: D. Demokr. P. 5, D. Volksp. 1, Zentrum 5, D.-Nat. Volksp. 2, Soz. P. 9.

Köln-Aachen. Das vorläufige Ergebnis der Wahlen im Bezirk Köln-Aachen ist folgendes: Zentrum 547 940, Soz. P. 233 949, D. Demokr. P. 98 815, D. Volksp. 30 760, D.-Nat. Volksp. 25 480. Nach dem Stimmergebnis erhielten Zentr. 12, Soz. P. 5, D. Demokr. P. 1, D. Volksp. 1 Abgeordneten.

Die Nationalversammlung.

Die „Deutsche Allgem. Ztg." macht darauf aufmerksam, daß gleichzeitig mit der Nationalversammlung ein provisorisches Staatenhaus ins Leben treten wird, das aus von einzelnen Freistaaten ernannten Regierungsvertretern bestehen soll. Das später bleibende Staatenhaus dagegen wird eine Vereinigung von Vertretern sein, die die einzelnen Landesversammlungen der Freistaaten aus ihrer Mitte wählen. Die Funktionen des provisorischen Staatenhauses werden hinter denen des alten Bundesrats erheblich zurückbleiben und es wird nur mit einem bedingten Vetorecht ausgestattet sein, derart, daß Gesetzentwürfe, die die Regierung dem Staatenhaus vorlegt, auch dann, wenn dieses sie ablehnt, an die Nationalversammlung weitergehen.

In Weimar traten gestern die Leiter der einzelstaatlichen Finanzministerien unter dem Vorsitz des Staatssekretärs des Reichsschatzamtes und in Anwesenheit des Chefs der Reichskanzlei als Vertreter der Reichsregierung zu einer Besprechung über die Finanzlage des Reiches und des Steuerprogramms der Reichsregierung zusammen.

Das neue Heer in Bayern.

Richtlinien für den Neuaufbau des bayerischen Heeres entwickelte Minister Roßhaupter in einer Veranstaltung für die Garnison München. Er führte u. a. aus, daß der alte Geist mit dem Kadavergehorsam nicht wiederkehren dürfe, wenngleich auch im neuen demokratischen Heere Zucht und Ordnung herrschen müssen. In Bayern wäre eine angeworbene Polizeitruppe zu bilden, die eine Friedensstärke von 12 000 Mann und eine Kriegsstärke von vielleicht 44 000 Mann (für ganz Deutschland etwa 350 000 Mann) haben müßte. Neben diesem sogenannten stehenden Heere müßte das System des Milizheeres auf der Grundlage der allgemeinen Pflicht zur Wehrhaftigkeit eingeführt werden. Bei einer Dienstzeit von 3 bis 5 Monaten und vier je vierzehntägigen Wiederholungskursen ergebe sich für Bayern ein kriegsstarkes Heer von 400 000 Streitern und insgesamt 970 000 Mann für ganz Deutschland 3 200 000 Streiter, alles in allem 7¾ Millionen Mann. Zu der Offiziersfrage bemerkte der Minister, daß im neuen Heere kein Vorrecht der Geburt, des Reichtums oder der sogen. Bildung gelten dürfe. Hier müsse es heißen: „Freie Bahn dem Tüchtigen".

Die Frage der Stellung der bayerischen Offiziere ist nunmehr fast völlig nach den Beschlüssen des Vollzugsausschusses der Soldatenräte entschieden worden. Danach tragen Offiziere nur während des Dienstes und auf dem Wege zum und vom Dienst Uniform und das kurze Offiziers-Seitengewehr. Statt der Rangabzeichen erhalten die Offiziere am linken Unterarm einen blauen Streifen. Innerhalb der Kasernen und während des Dienstes gilt die Grußpflicht. Alle Offiziere des Beurlaubtenstandes sind sofort zu entlassen und erhalten noch vier Monate ihr Gehalt. Die Zahl der aktiven Offiziere wird aufs äußerste eingeschränkt. So erhalten die Regimenter nur einen Kommandeur, einen Adjutanten, zwei Offiziere und für jede Kompanie einen Führer. Die Offiziere sind zu wählen. Die Kasernenräte haben das Recht zur Absetzung oder Dienstentsetzung von Offizieren. Diejenigen Offiziere, die infolge dieser Bestimmung ausscheiden müssen, erhalten 30 Monate lang ihr Gehalt weiter bezahlt damit sie sich eine neue Existenz gründen können. Das Kultusministerium hat sich zur Erleichterung der Bedingungen für das Hochschulstudium bereit erklärt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Zum Verfassungsentwurf

stellt Professor Gustav Radbruch im „Vorwärts" drei Forderungen auf. Zu § 20 beantragt er: Inhalt und Geist der Verfassung sind zum Lehrfach im Volks-, Mittel- und Hochschulunterricht, in allen Zweigen des Prüfungswesens zum Prüfungsgegenstand zu machen. Zu § 4 scheint es ihm unumgänglich, unter den Zuständigkeiten der Reichsgesetzgebung die Vergesellschaftung von Wirtschaftsbetrieben in elastischen, von volkswirtschaftlicher Seite zu prüfenden Fassungen aufzunehmen. Drittens sagt Radbruch: Wie der Wille zur Sozialisierung bedarf auch der unwiderrufliche Wille zur Republik den bestimmten Ausdruck. Kein Mitglied der früher landesherrlichen Familien des Deutschen Reiches oder ehemaligen Bundes kann zum Präsidenten gewählt werden.

In der Zustimmung zu diesen drei Forderungen wird sich nach unserer Meinung die Mehrheit der Nationalversammlung einig sein müssen, wenn sie das Verfassungswerk zu einem guten Ende bringen will.

Die Konterrevolution.

Nach der „Freiheit" haben die Offiziere des Großen Hauptquartiers in der Nacht vom 26. zum 27. Januar im Beisein von Hindenburg und Groener eine Kaisergeburtstagsfeier veranstaltet. Herrn Dr. Stresemanns deutsche Volkspartei hat dem Kaiser eine Huldigungstelegramm gesandt und ihre treue monarchische Gesinnung versichert. Wolffs Telegraphenbureau macht Reklame für eine Glückwunschadresse an den Kaiser, die 132 000 Unterschriften (von 65 Millionen Deutschen) gefunden hat.

Die Angaben der „Freiheit" müssen zunächst auf sich beruhen. Im übrigen aber sind wir der Konterrevolution dankbar, daß sie so frech offenbart. Mit ihr zu streiten, hat keinen Zweck. Wer Wilhelm II. war, und welches Unglück ein solcher Fürst für ein Land ist, das weiß das deutsche Volk nicht nur, das spürt es täglich. Die sozialistische Regierung der Republik wird aber gewiß mit aller Entschiedenheit dafür sorgen, daß das offiziöse Telegraphenbureau Wolffs von christlichen Republikanern geleitet wird und nicht eine Partei, die an alten Kaiserträumen hängt, von jeder Einflußnahme auf die deutsche Politik ausgeschlossen bleibt. Das ist es nicht nur sich, sondern auch ihrem Ansehen gegenüber den Feinden im Ausland schuldig.

Das amtliche Wahlergebnis für die Pfalz.

Die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung hatten für die bayerische Pfalz folgendes bisher noch nicht veröffentlichte Ergebnis: Wahlberechtigt waren 520 162, gewählt haben 449 421 (86.20 v. H.). Bayerische Volkspartei (Zentrum) 121 207, 2 Sitze; Unabh. SD. 7229, D. Volksp. 86 322, 1 Sitz; Sozialdemokraten 170 216, 2 Sitze; D. Demokrat P. 59 417, 1 Sitz.

Aus der Partei der Unabhängigen.

Bei den Kommunalwahlen in Leipzig erhielten die USP. 32 Sitze, die SD. 6, die bürgerlichen Parteien 33 Sitze. Die Wahlbeteiligung betrug nur 60 Proz.

Klara Zetkin ist mit 353 Anhängern von den Unabhängigen zur kommunistischen Partei übergegangen.

Schweden.

Ausstandsbewegung der Eisenbahner. In der Nacht zum Sonntag begann der Ausstand der Eisenbahner auf den wichtigsten Bahnen Stockholms, weil eine Einigung über die Lohnforderungen wegen Unrentabilität abgelehnt wurde.

Frankreich.

Eine Arbeiterkundgebung, an der nach bürgerlicher Meldung 2000 Sozialdemokraten teilnahmen, fand im Pariser Gewerkschaftshause statt. Die Versammlung wurde mit einer Rede Marcel Cachins eröffnet, der den Wilsonschen Vorschlag an Rußland als einen sozialistischen Sieg feierte und erklärte, die russische und die deutsche Revolution seien nur die Vorboten der allgemeinen Weltrevolution. Als Renaudel das Wort ergreifen wollte, brach ein ungeheurer Tumult los. Rufe, wie „Nieder mit Renaudel, nieder mit Albert Thomas", ertönten. Vergeblich suchte Longuet zu vermitteln, seine Ausführungen waren wie die der andern Redner von andauerndem Lärm unterbrochen.

Der Sekretär des Eisenbahnerverbandes in Paris, Nidol, wurde verhaftet unter der Beschuldigung, den Streik der Eisenbahner besonders begünstigt zu haben, während die Eisenbahn noch unter Kriegsrecht stehe.

Finnland.

Wiederaufrichtung der finnischen Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie Finnlands hat sich ungemein schnell wieder emporgerafft. Die unversöhnliche Gewaltpolitik der finnischen Bourgeoisie, die auch nach Abzug der deutschen Truppen ganz unverändert blieb, hat die zersplitterten Scharen rasch wieder vereinigt. Die Partei rechnet für den nächsten Landtag mit 60 bis 80 Sozialdemokraten, die dann mit den Kleinbauern eine sichere Linkenmehrheit darstellen werden. Die dem jetzigen Landtage angehörenden sozialistischen Abgeordneten werden von den leitenden sozialdemokratischen Blättern zum Austritt aufgefordert.

Balkan.

Die bolschewistische Bewegung. Nach Meldungen aus Belgrad nimmt auf dem Balkan die bolschewistische Bewegung ständig an Umfang zu, da die russischen Agenten Serbien und Bulgarien überschwemmen und durch geschickte Agitation für ihre Ideen zu gewinnen suchen. Namentlich in Bulgarien beginnt sich der Bolschewismus zu einem politischen Faktor auszuwachsen, seitdem sich der revolutionäre Bauernführer Stambuliski an die Spitze der von Rußland inspirierten Bewegung gesetzt hat.

Ukraine.

Räumung von deutschen Truppen. Der Heimtransport der der Heeresgruppe Kiew angehörenden Truppen schreitet gut fort. Voraussichtlich wird daher am 1. Februar die Ukraine von deutschen Truppen bis auf die in Nikolajew und Odessa Abgeschnittenen geräumt sein. Sämtliche Truppen, die zu Fuß zurückmarschierten, überschritten die Linie Pinsk-Kowel in westlicher Richtung.

England.

Die Streiklage. Im Clydebezirk dehnt sich der Streik weiter aus. In London streiken 15 000 Schiffbauer. In Manchester streiken 4000 Hafenarbeiter, um die Entlassung eines nicht zur Gewerkschaft gehörenden Werkführers zu erzwingen. In Leith und Edinburgh streiken 5000 Schiffbauer. In Südwales legten 6000 Bergarbeiter die Arbeit nieder, um die Beschäftigung von demobilisierten Soldaten zu erzwingen. Die Zahl der Streikenden in Belfast wird auf ungefähr 50 bis 100 000 Mann geschätzt. Auch die Totengräber in Belfast sind in einen Sympathiestreik eingetreten.

Kleine politischen Mitteilungen.

Aus einer Entschließung des Bürgerrates Groß-Berlins erfährt man von einer Erklärung Eberts, daß die Reichsregierung an Berlin als Reichshauptstadt unbedingt festhält.

Nach einer Meldung des „Temps" hat der Regierungskommissar für das Gebiet von Metz angeordnet, daß alle Güter Wilhelms II. in Elsaß-Lothringen einzuziehen sind. Es handelt sich um das Schloß Urville und das kleine Gut Le Miernile.

Der Bürger- und Bauernrat stellte für die Koburger Landeswahlen eine gemeinsame bürgerliche Liste auf bei Verzicht der bürgerlichen politischen Parteien auf eigene Vorschlagslisten.

Gegen eine Zentralisierung des Reiches sprach sich die provisorische württembergische Regierung aus. Der Charakter der Bundesstaaten müsse im wesentlichen erhalten bleiben.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Mittwoch, 29. Januar.

Wahlen zur Bürgerschaft. Diejenigen wahlberechtigten Personen, welche in der Zeit vom 15. bis zum 25. Januar d. J. die lübeckische Staatsangehörigkeit erworben haben und daher erst innerhalb der gesetzlichen Einspruchsfrist in die Wählerlisten für die Wahlen zur Bürgerschaft aufgenommen worden und können die Listen in der Zeit vom 30. Januar bis einschließlich 1. Februar d. J. von 9 Uhr morgens bis 1 Uhr nachmittags, im Hause Mengstraße 6 (I. Obergeschoß) nachträglich einsehen.

Das Arbeitsamt.

Erwerbsfürsorge und Erwerbslosenfürsorge gehören zurzeit zu den wichtigsten und schwierigsten Aufgaben der öffentlichen Verwaltung. Zur Durchführung dieser Aufgaben ist vor einigen Wochen das Arbeitsamt ins Leben gerufen. Die folgenden Ausführungen wollen versuchen, das jetzt nicht mehr durch den Wahlkampf gefesselte Interesse der Allgemeinheit für kurze Augenblicke auf das Arbeitsamt, seine Einrichtung, seine Aufgaben und seine Leistungen zu lenken. Das Arbeitsamt wird geleitet aus einem Senatsmitglied (Senator Dr. Neumann), einem leitenden Fachbeamten (Direktor Dr. Link), der den Vorsitzenden vertritt, und aus je sieben Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern. Die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter sind auf Vorschlag der in Betracht kommenden Körperschaften und Vereinigungen bestellt. Für die Hauptaufgabengebiete des Arbeitsamtes sind Abteilungen gebildet. Dem Arbeitsamt selbst liegt die Behandlung der allen Abteilungen gemeinsamen Aufgaben ob, insbesondere die Beschaffung und Unterhaltung der Räume, die Beschaffung der erforderlichen Mittel und die Regelung aller grundsätzlichen Fragen. In mehreren Sitzungen hat das Arbeitsamt sich mit diesen Fragen befaßt, hat insbesondere die einzelnen Abteilungen gebildet, den Aufgabenkreis der Abteilungen abgegrenzt und die Grundsätze für die Erwerbslosenfürsorge, deren Durchführung dem Arbeitsamt durch Verordnung des Senates übertragen ist, festgestellt. Das Arbeitsamt ist mit seinen sämtlichen Abteilungen im Hause Untertrave 104 untergebracht, das für die Zwecke des Arbeits- und Wohlfahrtsamtes gemietet ist. Neuerdings hat auch das Haus Untertrave 106 gemietet werden müssen, um dort die Erwerbslosenfürsorge unterzubringen. Dem Arbeitsamt sind für die erste Einrichtung und für die Durchführung seiner Aufgaben aus öffentlichen Mitteln 150 000 Mk. zur Verfügung gestellt. Infolge der unerwartet hohen Zahl der Arbeitslosen haben aber bereits neue Mittel beantragt werden müssen.

Abteilung I. Arbeitsvermittelung.

Die Arbeitsvermittlung bildet die Grundlage auch für alle anderen Einrichtungen und Abteilungen des Arbeitsamtes. Ist es dem Arbeitsnachweis möglich, die Arbeitsuchenden restlos auf dem freien Arbeitsmarkte unterzubringen, und die Arbeitgeber der verschiedenen Berufszweige mit den erforderlichen Arbeitskräften zu versehen, dann ist damit eine Hauptaufgabe des Arbeitsamtes gelöst; insbesondere die Aufgaben der Arbeitsbeschaffung und der Erwerbslosenfürsorge treten alsdann in den Hintergrund. Von dieser Gleichgewichtslage des Arbeitsmarktes sind wir gegenwärtig leider außerordentlich weit entfernt. In Zeiten der Erwerbslosigkeit ist es besonders notwendig, daß die vorhandene Arbeitsgelegenheit möglichst zeitig erfaßt und in möglichst geeigneter Weise verteilt wird. Das ist nur möglich, wenn die Arbeitsvermittlung einheitlich aufgebaut und durchgeführt wird. Nach dieser Richtung hin sind in den letzten Wochen wesentliche Fortschritte erzielt. Einige Jahre vor dem Krieg bestanden in Lübeck nicht weniger als 76 verschiedene Arbeitsnachweise. Diese Zahl ist während des Krieges nach Gründung des Oeffentlichen Arbeitsnachweises erheblich geringer geworden; immerhin bestanden und bestehen auch heute noch neben dem Oeffentlichen Arbeitsnachweis leistungsfähige Sonder-Arbeitsnachweise. Erfreulicherweise haben die Träger dieser Arbeitsnachweise selbst den Gedanken gefaßt, nach der gesetzlichen Neuregelung der Arbeitsvermittlung in Lübeck ihre Sondereinrichtungen zugunsten des Oeffentlichen Arbeitsnachweises aufzugeben. Die Lübecker Metallindustriellen haben ihren Arbeitsnachweis zugunsten des Oeffentlichen Arbeitsnachweises eingestellt; die Arbeitsvermittelung für die Metallindustrie wird bereits im Oeffentlichen Arbeitsnachweis gehandhabt, der eine Fachabteilung für die Metallindustrie gründen und in dieser Fachabteilung den Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Berufszweiges Gelegenheit zur Beteiligung an der Verwaltung geben wird. Den gleichen Schritt haben der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe und der Arbeitgeberverband für das Malergewerbe getan. Auch für diese Berufszweige ist die Bildung von Fachabteilungen in die Wege geleitet. Die beteiligten Arbeitgeberkreise leisten zu den Verwaltungskosten der Fachabteilungen des Oeffentlichen Arbeitsnachweises einen angemessenen Beitrag und können insoweit auch die Fachabteilungen kostenfrei benutzen. Mit dem paritätischen Arbeitsnachweis für das Holzgewerbe sind die Erörterungen über einen Anschluß an den Oeffentlichen Arbeitsnachweis eingeleitet, desgleichen mit den an der Stellenvermittlung für das Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe interessierten Verbänden. Von den leistungsfähigen Facharbeitsnachweisen bleibt alsdann im wesentlichen nur die Heuers des Reederei-Vereins übrig. Die zahlreichen Innungsnachweise, die vor dem Kriege bestanden, haben ihre Tätigkeit während des Krieges zumeist eingestellt. Mit den früheren Trägern dieser Arbeitsnachweise wird zu erörtern sein, ob und wie die Arbeitsvermittlung für ihre Berufszweige für die Folgezeit zu regeln ist. Für die Vermittlung der Handels- und Bureauangestellten ist beim Oeffentlichen Arbeitsnachweis eine besondere Gruppe gebildet. Die weibliche Arbeitsvermittlung gliedert sich in die Vermittlung für Fabrikarbeiterinnen, für Hausangestellte und für gehobene, insbesondere kaufmännische und Bureauangestellte. Die gewerbliche Stellenvermittlung, die früher einen wesentlichen Teil der weiblichen Arbeitsvermittlung in Lübeck besorgte, hat im Laufe des letzten Jahrzehnts erheblich an Bedeutung verloren. Sie kommt heute fast nur noch für die Vermittelung von weiblichen Haus- und landwirtschaftlichen Angestellten in Betracht und ist auch für diese Vermittlungszweige entbehrlich. So hat sich der Oeffentliche Arbeitsnachweis in kurzer Zeit zu einem Zentralarbeitsnachweis entwickelt, bei dem die einheitliche Leitung und die enge Verbindung der einzelnen Abteilungen ein rasches, reibungsloses und erfolgreiches Zusammenarbeiten gewährleisten. Dieser Ausbau der Arbeitsvermittlung hat sich im vollen Einvernehmen mit den beteiligten Arbeitgebern und Arbeitnehmern vollzogen. Die Leitung des Arbeitsnachweiswesens liegt in erster Linie bei dem Verwaltungsausschuß des Oeffentlichen Arbeitsnachweises, in dem unter dem Vorsitz des Vorsitzenden des Arbeitsamtes Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter in gleicher Zahl vertreten sind. Da Frauen dem Verwaltungsausschuß des Oeffentlichen Arbeitsnachweises nicht angehören, ist für die weibliche Abteilung ein besonderer Ausschuß bestellt, dem unter dem Vorsitz des stellvertretenden Vorsitzenden des Arbeitsamtes Frauen aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreisen in gleicher Zahl angehören. Der Verwaltungsausschuß des Oeffentlichen Arbeitsnachweises hat die Leitung der Arbeitsvermittlung dem bisherigen Geschäftsführer Jürgens übertragen, dem Vermittlungs- und Bureaubeamte in der erforderlichen Anzahl beigegeben sind. Mit dem Oeffentlichen Arbeitsnachweis ist die Zentralauskunftsstelle für den Arbeitsmarkt verbunden, deren Aufgabe vor allem in der Pflege der Arbeitsmarktstatistik und in der zwischenörtlichen Vermittlung besteht. Die Lage des Arbeitsmarktes hat sich in den letzten Wochen beständig verschlechtert. Es meldeten sich beim Oeffentlichen Arbeitsnachweis:

	männliche Abteilung	weibliche Abteilung
	durchschnittlich täglich	
Anfang Dezember	190	75
Mitte Dezember	900	100
Ende Dezember	1400	220
im ersten Drittel des Januar	1530	350
Mitte Januar	2570	570
am 21. Januar	2041	709

Am 21. Januar entfielen:

von den männlichen Arbeitsuchenden:

auf die Metallindustrie	317
auf jugendliche Arbeiter	336
auf ungelernte Arbeiter	588
auf Fabarbeiter	506
auf kaufmännische und Bureau-Angestellte	294
zusammen:	2041

von den weiblichen Angestellten:

auf Arbeiterinnen	592
auf Handelsangestellte	23
auf weibliche Handels- und Bureau-Angestellte	94
zusammen:	709

Die Vermittlungstätigkeit war in der weiblichen Abteilung gering. Für die Vermittlung von Fabrikarbeiterinnen bot sich nur selten Gelegenheit, während die weiblichen Arbeitskräfte, die zur Uebernahme von häuslichen Stellungen bereit waren, fast stets in aller Kürze vermittelt werden konnten. Auch für weib-

liche Handels- und Bureau-Angestellte war naturgemäß die Erlangung von Stellungen außerordentlich erschwert. Für die männlichen Arbeitskräfte bieten die von der Baubehörde eingeleiteten oder veranlaßten Arbeiten, die Freimachung von Arbeitsplätzen durch Entlassungen von weiblichen Handels- und Bureauangestellten, sowie mancherlei Arbeiten von Gelegenheitsarbeiten, die Möglichkeit zur Unterbringung von Arbeitslosen. Daß trotz dieser Vermittlungstätigkeit die Zahl der Arbeitslosen bisher ständig gestiegen ist, läßt erkennen, daß Arbeitsgelegenheit in noch viel weiterem Umfange als bisher geschaffen werden muß, um der Arbeitslosigkeit wirksam abzuhelfen. Jeder einzelne kann durch Erteilung von Aufträgen dazu beitragen, das Wirtschaftsleben anzuregen und den Arbeitsmarkt zu entlasten. Wer irgend imstande ist, Aufträge zu erteilen, sollte daher nicht zögern, dies zu tun. Bei der ungünstigen Lage des heimischen Arbeitsmarktes ist die sorgfältige Beobachtung des Arbeitsmarktes der übrigen Bundesstaaten besonders wichtig. Der Oeffentliche Arbeitsnachweis ist nach Kräften darauf bedacht, auch auswärts geeignete Arbeitsgelegenheit zu ermitteln. Die zwischenörtliche Vermittlung hat aber bisher nur bescheidene Erfolge erzielen können, da es in den Industriebezirken zumeist an Arbeitsgelegenheit fehlt und auch die Landwirtschaft sich bisher nur in ganz geringem Umfange als aufnahmefähig für weitere Arbeitskräfte erwiesen hat. Zu hoffen ist aber, daßes zum Frühjahr mit dem Wiederbeginn der Schiffahrt und mit der Wiederaufnahme der landwirtschaftlichen Arbeit möglich sein wird, einen erheblichen Teil Arbeitsloser wieder Beschäftigung zu bieten.

Fortfall der Zusatzbrotkarten für Schwer- und Schwerstarbeiter. Vom 1. Februar 1919 ab fallen die den Schwer- und Schwerstarbeitern und den ihnen gleichgestellten Militärpersonen bisher gewährten Brotzulagen fort.

Schulforderungen der deutschen Lehrerschaft. Am letzten Sonnabend setzte der Lübecker Lehrerverein in stark besuchter Versammlung seine Beratungen über das Schulprogramm des Deutschen Lehrervereins fort. Es handelte sich diesmal um die Themen: „Schulpflicht" und „Religionsunterricht". Hinsichtlich des ersten Punktes einigte man sich unter Annahme einiger nicht grundsätzlicher Aenderungen auf die vorliegenden Vorschläge, die nunmehr lauten:

III. Schulpflicht. 1. Die Schulpflicht dauert vom Beginn des Schuljahres, das auf die Vollendung des 6. Lebensjahres folgt, bis zum Schlusse des Schuljahres, in das die Vollendung des 18. Lebensjahres fällt. 2. Für Kinder vom vollendeten 3. bis zum vollendeten 6. Lebensjahre sind — am besten nicht in Verbindung mit der Grundschule — öffentliche Kindergärten einzurichten, deren Besuch im allgemeinen freiwillig, aber für Kinder, denen eine geordnete häusliche Erziehung nicht zuteil wird, pflichtmäßig ist. 3. Der Erfüllung der Schulpflicht dienen die öffentlichen Bildungsanstalten. Der Besuch derselben ist unentgeltlich, Lernmittel sind frei, Unbemittelten sind nötigenfalls Erziehungsbeihilfen zu gewähren. Es steht aber auch jedem Staatsbürger frei, als ausreichend anerkannte häusliche Erziehung oder durch Inanspruchnahme nichtöffentlicher, aber staatlich genehmigter und beaufsichtigter Schul- und Erziehungsanstalten der Schulpflicht für seine Kinder zu genügen. 4. Die zwangsweise Einweisung in öffentliche Erziehungs- und Bildungsanstalten verfügt die Schulverwaltung laut Gesetz. 5. Der Schulpflicht vom Beginn des Schuljahres, das auf Vollendung des 14. Lebensjahres folgt, bis zum Schluß des Schuljahres, in das die Vollendung des 18. Lebensjahres fällt, wird in der Fortbildungsschule, die zur Berufsschule auszubauen ist, bezw. in Mittel- und Oberschule genügt.

Für das zweite Thema lagen folgende Thesen des Deutschen Lehrervereins vor:

IV. Religionsunterricht. 1. Die öffentliche Schule kann nur Religionsunterricht in dem Sinne erteilen, daß sie Religion als vorhandenes Bildungsgut ohne jeden Gewissens- und Bekenntniszwang übermittelt. 2. Für die sittliche Belehrung sind alle geeigneten Unterrichtsfächer nutzbar zu machen; ein Sittenunterricht als besonderes Unterrichtsfach ist abzulehnen. 3. Die Einführung in das Bekenntnis einer bestimmten Religionsgemeinschaft ist nicht Aufgabe der Schule. 4. Das Recht, den Religionsunterricht in den öffentlichen Schulen zu leiten oder zu beaufsichtigen, steht den Religionsgemeinschaften nicht zu. 5. Um jede Beeinträchtigung der Gewissensfreiheit auszuschließen, muß es zulässig sein a) daß ein Lehrer aus Gewissenbedenken die Erteilung des Religionsunterrichts ablehnen kann, ohne daß ihm daraus in bezug auf seine amtliche Stellung Nachteile erwachsen; b) daß Kinder vom Religionsunterricht befreit werden, wenn die Eltern aus Gewissensbedenken die Befreiung fordern. 6. Bei der Anstellung der Lehrer kann das Bekenntnis in der Weise berücksichtigt werden, daß in Orten, deren Bewohner sämtlich oder in überwiegender Mehrzahl demselben Bekenntnis angehören, vor allem Lehrer dieses Bekenntnisses angestellt werden und daß in Orten mit gemischter Bevölkerung die Lehrer nach dem Zahlenverhältnis der Schüler in den verschiedenen Bekenntnissen entnommen werden. 7. In den privaten Lehr- und Erziehungsanstalten können Religionsunterricht und Bekenntnisübung völlig frei gepflegt werden.

Die gründliche Aussprache über diese wichtige Angelegenheit, in der die verschiedenartigsten Standpunkte zum Ausdruck kamen, dehnte sich schließlich so aus, daß zu einer Beschränkung der Redezeit gegriffen werden mußte. Die Ansicht, den Religionsunterricht ganz zu entfernen, fand nur 6 Anhänger; ebenso fand auch der entgegengesetzte Standpunkt, wie bisher die Religion auf streng konfessioneller Grundlage zu übermitteln, wenig Unterstützung. Im allgemeinen wurde auch hier die mittlere Linie der vorliegenden Forderungen gebilligt, doch gab eine, wenn auch nicht beträchtliche Mehrheit, den ersten drei Leitsätzen folgende Fassung: 1. Die öffentliche Schule kann auf den Religionsunterricht nicht verzichten. Sie kann ihn aber nur in dem Sinne erteilen, daß sie Religion als vorhandenes Bildungsgut ohne jeden Gewissens- und Bekenntniszwang übermittelt und fruchtbar macht. 2. Ein Sittenunterricht als besonderes Unterrichtsfach, das der Religionsunterricht ersetzen soll, ist abzulehnen. Für die sittliche Einwirkung sind alle geeigneten Unterrichtsfächer nutzbar zu machen. 3. Das Ziel des Religionsunterichts kann nur die Erweckung und Förderung religiösen Lebens sein. Die Einführung in das zusammenhängende Bekenntnis einer bestimmten Religionsgemeinschaft ist nicht Aufgabe der Schule.

Gegen die neue Befehlsordnung,

die vom Kriegsminister als Provisorium erlassen worden ist, sprach sich gestern eine im Gewerkschaftshause abgehaltene Versammlung der Lübecker Garnison aus. Nach einer lebhaften Debatte, in der sich die Redner scharf gegen die Wiedereinstellung der Offiziere aussprachen, gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Gegen den Erlaß des Kriegsministeriums vom 19. Januar 1919 (A.-B.-Bl. 8) über die Umbildung des Heeres, Wiedereinstellung von Offizieren, Grußpflicht, Ausschaltung der Politik im Heere usw. protestieren die Versammelten ganz energisch. Sie sind erstaunt, daß auch die Regierung und der Zentralrat einem solchen Erlaß seine Zustimmung geben konnte. Wir erwarten die Umbildung des bisherigen Heeres in ein Volksheer, eine sozialistische und keine kapitalistisch-demokratische Republik. Wir verlangen, daß die Kommandogewalt, welche sich in den Händen der militärischen Vorgesetzten, der Soldatenräte und der selbstgewählten Führer, befindet, so lange bestehen bleibt, bis das neue Volksheer und die neue Wehrordnung im sozialistischen Sinne geschaffen sind. Wir fordern die sofortige Auflösung der Eisernen Division und die Abschaffung der weißen Garde. Die politische Macht, die wir von den revolutionären Arbeitern und Soldaten erhalten haben, müssen wir so lange behalten, bis das Werk der Revolution gesichert ist." Die Anregung, gegen Senat und Bürgerschaft schärfer vorzugehen, wurde zurückgewiesen. Die Kontrolle dieser Körperschaft sei scharf, Gewaltstreiche nicht angebracht, schon in Rücksicht auf die bevorstehenden Bürgerschaftswahlen. Es wurde dann beschlossen, in geschlossenem Zuge vor das Quartier des Kommandeurs der 81. Infanterie-Brigade, Oberst v. Werther zu ziehen und ihm den Befehl, Lübeck innerhalb 24 Stunden zu verlassen, zu überbringen. Der Oberst befand sich in Lübeck, um mit dem Soldatenrat wegen des Erlasses des Kriegsministers zu verhandeln.

Wohnungsfürsorge. Anscheinend sind die bis zum 27. Jan. zu erstattenden Meldungen von nicht hinreichend ausgenutzten Wohnräumen in vielen Fällen noch nicht erstattet. Sollten die bereits eingeleiteten Feststellungen dieses bestätigen, werden Bestrafungen nicht zu vermeiden sein. Die ernste Lage des Wohnungsmarktes, die überaus schwierige Lage, in der sich zahlreiche Wohnungssuchende befinden und auf der andern Seite der Umstand, daß manche Wohnräume bislang nicht hinreichend ausgenutzt sind, verlangen eine nachdrückliche Durchführung jener Verordnung. Wer seiner Meldepflicht noch nicht genügt hat, sollte schleunigst das Versäumte nachholen. Dabei sei bemerkt, daß eine zwangsweise Vermietung vorderhand nicht beabsichtigt ist, solange zu erwarten steht, daß die Inhaber nicht hinreichend ausgenutzter Wohnungen aus freien Stücken Wohnungsuchende bei sich aufnehmen und damit den Wohnungsmarkt entlasten.

*Verhaftete Wäschediebinnen. In letzter Zeit wurden seitens hiesiger Hotel- und Gasthofbesitzer wiederholt Anzeige darüber erstattet, daß ihnen aus den Fremdenzimmern Bett- und Zimmerwäsche gestohlen worden wäre. Der Verdacht lenkte sich in jedem Falle auf zwei junge Mädchen, die sich in die betreffenden Gasthäuser einlogiert und sich später heimlich entfernt hatten. Da eine übereinstimmende Beschreibung der Diebinnen nicht zu erlangen war, konnten sie ihr unsauberes Handwerk auch einige Zeit fortsetzen, bis es gestern gelang, ihrer habhaft zu werden. Es sind dieses drei An der Mauer bezw. in der Wahmstraße wohnhafte Geschwister und zwei Arbeiterinnen, von denen einige bereits wegen Diebstahls vorbestraft sind. Die Diebinnen hatten gemeinschaftlich gearbeitet und hatten sich zu Paaren abwechselnd hier und auswärts als Hotelgäste einquartiert. Die Diebinnen wurden festgenommen. Eine Durchsuchung ihrer Wohnungen förderten noch eine Menge Diebesgut, u. a. ein ganzes Bett, zutage, welches sie im Bahnhofshotel in Pansdorf gestohlen hatten. Der größte Teil der gestohlenen Sachen ist bereits von ihnen verkauft worden, doch dürfte es gelingen, auch von diesen Sachen mehreres wieder herbei zu schaffen.

* **28 Tauben entwendet.** Von einem Grundstück in der Gertrudenstraße sind in der Nacht zum Sonntag, dem 26. d. M., 28 Tauben gestohlen. Die Tiere sind in der Nähe des Tatortes abgeschlachtet worden.

* **Gestohlenes Schuhzeug.** Aus einem Hause in der Königstraße sind 2 Paar Schnürstiefel und 1 Paar Hausschuhe gestohlen worden.

Schwartau-Rensefeld. Parteiversammlung. Es sei auf die am Freitag, dem 31. Januar stattfindende Parteiversammlung besonders hingewiesen. Da unter anderem die Wahlen zur Oldenburgischen Nationalversammlung auf der Tagesordnung stehen und die Wahl von 8 Delegierten zur Generalversammlung vorgenommen werden muß, ist das Erscheinen sämtlicher Genossen und Genossinnen sehr notwendig.

Eutin. Die Erwerbslosenunterstützung für die Provinz Lübeck ist vom 1. Februar ab wie folgt bemessen: a) für den Ehemann 4 Mk., für die Ehefrau 2 Mk. (außerdem für das erste Kind 1 Mk. und für jedes weitere Kind 50 Pfg.); b) für alleinstehende erwachsene männliche Personen über 20 Jahre alt 4 Mk.; c) für alleinstehende erwachsene weibliche Personen über 20 Jahre alt 3 Mk.; d) für männliche Personen unter 20 Jahre alt 3 Mk.; e) für weibliche Personen unter 20 Jahre alt 2,50 Mk. für den Wochentag. Für Festtage, die auf einen Wochentag fallen, ist die Unterstützung zahlbar. Den Kindern werden gleichgeachtet diejenigen weiteren Familienmitglieder, zu deren Unterhalt der Haushaltungsvorstand gesetzlich verpflichtet ist und die keine selbständige Unterstützung beziehen. Der Höchstbetrag der täglichen Unterstützungen soll jedoch den Betrag von 9 Mk. nicht übersteigen.

Mölln. Mord und Selbstmord. Montag abend gegen 7 Uhr hat der etwa 30jährige unverheiratete Unteroffizier Schmidt von der hiesigen Unteroffizierschule die verheiratete etwa 32jährige Frau des hiesigen Gastwirts Mahn, Inhabers des hiesigen „Lübecker Hofes", im Gast immer der genannten Wirtschaft durch zwei Schüsse aus einem Armeerevolver erschossen und dann sich selbst durch einen Schuß getötet. Als Ursache der verzweifelten Tat scheint Liebeskummer vorzuliegen, da Schmidt in einem Abschiedsbrief an seinen Vater erklärt, ohne die Frau nicht leben zu können. Der Mörder war ein Landwirtssohn aus Dithmarschen. Der Mann der ermordeten Frau befindet sich seit drei Jahren in französischer Gefangenschaft.

Hamburg. Ein schweres Brandunglück ereignete sich Dienstag nachmittag im Hause Drosselstraße 22. Dort benutzte ein 20jähriges Mädchen beim Feueranmachen Petroleum. Plötzlich schoß die Herdflamme aus dem Ofenloch heraus und setzte die Kleidung des jungen Mädchens in Brand. Auf das Hilfegeschrei des von Flammen eingehüllten Mädchens eilte der Vater zur Rettung hinzu und riß seiner Tochter die zum Teil verkohlten Bekleidungsstücke vom Leibe. Hierbei erlitt der Mann selbst Brandwunden. Das junge Mädchen, das trotz der häufig ergangenen Warnung, kein Feuer mit leichtbrennenden Oelen anzufachen, empfindlich hart bestraft worden ist, hat am ganzen Körper schwere Brandwunden erlitten.

Altona. Der Streik der Offiziere und Militäroberbeamten des Generalkommandos wegen der Kommandogewalt wird sich als unwirksam erweisen. Das gesamte Personal des Generalkommandos hat in einer Versammlung einstimmig das Verhalten der Offiziere mit Rücksicht auf die hiesigen politischen Verhältnisse gemißbilligt und beschlossen, den Dienstbetrieb beim Generalkommando im Interesse der Allgemeinheit und zur Sicherung der sachlichen Geschäftserledigung weiterzuführen. Diese Veröffentlichung erfolgt, um infolge des Ausscheidens der Offiziere bei der Oeffentlichkeit nicht die irrtümliche Meinung aufkommen zu lassen, daß der Dienstbetrieb beim Generalkommando ruht. Es geht also auch ohne Offiziere.

Kiel. Wahlergebnis zur Preußischen Nationalversammlung. Als vorläufiges amtliches Wahlergebnis wird gemeldet: Liste 1: Brecour (Sozialdemokratie) 333 651, Liste 2: Hansen (Unabhängige Soziald.) 19 347, Liste 3: Siemen (Demokraten) 195 035, Liste 4: Görck (Deutsche Volkspartei) 51 928, Liste 5: Iversen (Bauern-Demokratie) 61 754, Liste 6: Frahm (Deutsch-nationale Volkspartei) 55 410, Liste 7: Häfner (Christliche Volkspartei) 7995. Es erhalten danach die Sozialdemokratische Partei 8, die Deutsch-demokratische Partei 5, die Deutsche Volkspartei, die Bauern-Demokratie und die Deutsch-nationale Volkspartei je ein Mandat. Gewählt sind die Sozialdemokraten: Wilhelm Brecour, Max Richter, Anna Mogegard, Otto Jünger, Hermann Peters, Christian Regenfuß, Wilhelm Schulz, Wilhelm Stevert, die Demokraten: Siemen, Oberbürgermeister Schnackenburg, Dr. Struve, Lehrer Wittrock, Stadtrat Dr. Ruer, der Volksparteiler Dr. Görck, der Bauern-Demokrat Landwirt Iversen und der Deutsch-nationale Volksparteiler Frahm.

Cuxhaven. Durch Unvorsichtigkeit erschossen. Im Gebäude der Kommandantur erklärte der Schütze Kurt Müller von der Waffenkommission des Soldatenrates im Speisesaal einem Freunde die Handhabung eines dort aufgestellten Maschinengewehrs, als plötzlich ein Schuß losging und die Kugel die zum Korridor führende Tür durchschlug und dort dem zur Wachkompagnie gehörenden 20jährigen Wilhelm Heidenreich aus Wustrow in Mecklenburg durch den Hals drang, sodaß er sofort tot zusammenbrach. Der Unglückliche war durch Geräusche im Speisesaal herangelockt worden und hatte nach der Ursache forschen wollen. Der unglückliche Schütze ist seelisch völlig zusammengebrochen und liegt in wirren Fieberphantasien darnieder. — Ein Dampfer gestohlen. Nach hierher gelangten Meldungen ist in Bremerhaven der Fischdampfer „Minden" gestohlen und auf die See hinaus entführt worden. Sämtliche Küstenstationen haben Anweisung erhalten, auf ein Einlaufen dieses Fischdampfers zu achten und seine Festnahme zu bewirken.

Rostock. 31 Sozialdemokraten in der Mecklenburgischen Landesversammlung. Bei den Wahlen zum verfassunggebenden Mecklenburgischen Landtag verteilen sich die Sitze nach den vorläufigen Wahlergebnissen: Sozialdemokratische Partei 31, Deutsch-Demokratische Partei 18, Deutsch-Nationale Volkspartei 8, Deutsche Volkspartei 3, Mittelstandsparteien 1, Dorfbund 1. Außerdem noch 2 Sitze für die verbundenen Listen der bürgerlichen Parteien des 4. Wahlkreises. Wenn die Sozialdemokratie auch nicht die Mehrheit errungen hat, so dürfte doch ihr Wille für die Gestaltung der Verfassung maßgebend sein.

Güstrow. Schweres Eisenbahnunglück. In der Nacht vom 25. zum 26. Januar fand zwischen den Bahnhöfen Mölln und Blankenhof ein Zusammenstoß zweier in entgegengesetzter Richtung fahrender Gütersonderzüge statt. Jeder Zug wurde von zwei Lokomotiven befördert. Durch den Zusammenprall türmten sich stellenweise vier Waggen übereinander. Es sind zwei Mann getötet und sieben verletzt, darunter zwei schwer. Die Räumungsarbeiten sind sofort aufgenommen.

Wilhelmshaven. Spartakistische Gewaltpolitik. Die Spartakusleute besetzten Montag morgen die Reichsbank und die Staatskasse der Marinestation der Nordsee. — Auf der Bahnstrecke Varel—Wilhelmshaven streikt sämtliches Bahn- und Telegraphenpersonal, um die kommunistischen Unruhen in Wilhelmshaven zum Stillstand zu bringen. Auch die Ärzteschaft schloß sich ihnen an. Die Unruhen griffen auch nach Westerstede und Nordenhamm über. Die Lage in Wilhelmshaven war auch Dienstag abend völlig ungeklärt. Wahrscheinlich durch Abgesandte der Bremer Kommunisten ist in Wilhelmshaven ein Putsch hervorgerufen worden, der in der Nacht zum Dienstag zu heftigen Kämpfen führte, die Menschenleben gekostet haben, deren Zahl noch nicht feststeht. Es ist noch nicht zu übersehen, welche Partei die angreifende ist. Eine andere Meldung besagt, daß von einem Schiffe aus die „1000-Mann-Kaserne", in der die zur Sozialdemokratie zählenden Soldaten hausen, beschossen wurden. Ferner wird berichtet, daß von den Spartakisten zuerst 40 000 Mark, später eine Million Mark von der Reichsbank abgehoben worden seien. Die Berufssoldaten hatten die Herausgabe des Geldes verlangt, und aus diesem Grunde soll es zu den Kämpfen gekommen sein. Am späten Abend ist aus Oldenburg eine Abordnung des Arbeiter- und Soldaten-Rates und eine gleiche aus Bremen nach Wilhelmshaven abgegangen, um eine Schlichtung der Kämpfe herbeizuführen. Der Eisenbahnverkehr geht immer nur noch bis Jderberg. Die Eisenbahner, die Dienstag streikten, um dem Aufstande entgegenzutreten, stehen heute vor einem neuen Streik, da sie eine erhebliche Lohnerhöhung verlangen. Der „Hamb. Corr." berichtet, daß es Dienstag nacht zu Infanterie- und Artilleriekämpfen zwischen Berufssoldaten und Spartakisten kam, die in die Kaserne eingedrungen waren und dann entwaffnet wurden. Dienstag vormittag herrschte starke Spannung zwischen Berufssoldaten und Werftarbeitern, die sich bewaffnet hatten. Es kam zu kleineren Kämpfen. Auf Grund von Verhandlungen ist zunächst Ruhe eingetreten. Post und Eisenbahn streiken bis zur Erfüllung ihrer Sonderforderungen, die noch nicht bekannt sind. Die beiderseitigen Verluste betragen ungefähr 6 Tote und 20 Verwundete. — Präsident Kuhnt, Mitglied der Unabhängigen, und der 21er-Rat haben an die Reichsregierung eine Erklärung gedrahtet, daß sie mit den Vorgängen in Wilhelmshaven nichts zu tun haben. Kuhnt oder sein Vertreter begibt sich auf schnellstem Wege nach Berlin, um Bericht zu erstatten.

Neueste Nachrichten.

Das Staatenhausgesetz.

Berlin, 29. Januar. Das Kabinett der Volksbeauftragten hat den Notverfassungsentwurf des Freistaaten-Ausschusses mit geringen Aenderungen angenommen. Die wichtigste Aenderung besteht darin, daß das in dem Entwurf enthaltene Wort „Bundesrat" wieder ausgemerzt worden ist. Die Institution des Bundesrats bleibt aber tatsächlich erhalten. Jeder Freistaat mit weniger als eine Million soll einen Vertreter in dem sogenannten Staatenhaus erhalten, alle übrigen erhalten für je eine Million Einwohner einen Vertreter. Das Stimmverhältnis verschiebt sich z. B. dahin, daß Bayern mit 6,8 Millionen Einwohnern 7 Stimmen erhält und Preußen statt 17 Stimmen 19. Bestimmt ist nur, daß keiner der Freistaaten mehr als ein Drittel aller Stimmen haben soll. — Auch der Zentralrat der Republik hat die Vorlage angenommen.

Gegen den Kommandoerlaß.

Berlin, 29. Januar. Die Soldatenräte Groß-Berlins haben nach langen Verhandlungen über den neuen Kommandoerlaß eine Kommission eingesetzt, die gemeinsam mit Vertretern der einzelnen Armeekorps Abänderungsvorschläge ausarbeiten und der zuständigen Stelle unterbreiten soll.

Auch der deutsche Offiziersbund protestiert gegen die Verordnung, die das Ende des Offizierskorps bedeute. Es wurde sogar die Frage des Streikes erwogen, aber abgelehnt. Kriegsminister Oberst Reinhardt erklärte, daß er die volle Verantwortung für den Erlaß zu tragen bereit sei. Die Verordnung sei ein Kompromiß zwischen den Forderungen des Zentralrates und seinen Verhandlungen mit der Regierung.

Blutbad in Steiermark.

Wien, 29. Januar. In den letzten Tagen hatte in Marburg eine Volksabstimmung über die Staatszugehörigkeit stattgefunden, wobei sich zwei Drittel der Bevölkerung für die Zugehörigkeit zu Deutsch-Oesterreich entschieden hatten. Die Deutschen Marburgs benutzten nun die Anwesenheit der amerikanischen Kommission, um dieser in einem friedlichen Demonstrationszuge ihre Stärke vorzuführen. Vermutlich durch das Ergebnis der Abstimmung gereizt, griffen die jugoslawischen Truppen die Deutschen an und gaben mehrere Salven ab. Die Wirkung war furchtbar. 17 Tote, 70 Schwerverletzte und über 100 Leichtverletzte blieben auf dem Platze. Angesichts dieser Vorfälle hat die amerikanische Mission die Stadt verlassen.

Die Bagdadbahn.

Zürich, 29. Januar. Die britischen Behörden haben die Bagdadbahn übernommen. Der Generaldirektor der Bahn, Kuhnonin, ein Schweizer, wurde entlassen. Die Eisenbahnen in der europäischen Türkei sind in die Verwaltung der französischen Behörden übergegangen.

Französische Demobilisation.

Nach Pariser Telegrammen hält die französische Heeresleitung die allgemeine militärische Lage nach den letzten Waffenstillstandsbedingungen für so geklärt, daß sie in die allgemeine Demobilisation einwilligte. Die Entlassung von zunächst 10 Jahrgängen wird am 1. Februar beginnen.

Dänemarks Forderungen.

Kopenhagen, 29. Januar. Die dänische Regierung hat am 25. Januar den Alliierten ihre Ansprüche auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker überreicht. Dänemark verlangt die Einverleibung der dänisch-sprechenden Gebietsteile Nordschleswigs.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Landesverband. Eutin, den 25. Januar 1919.

Vom 3. Februar d. Js. an kommen zur Verteilung für den Kopf der versorgungsberechtigten Bevölkerung:

a) 250 Gramm Grütze oder Grieß,
Grütze zum Preise von 44 Pfg. das Pfd.
Grieß „ „ 48 „ „ „
b) 125 Gramm Nudeln oder Haferflocken
Nudeln zum Preise von 90 Pfg. das Pfd.
Haferflocken „ „ 62 „ „ „
c) 250 Gramm ukrainisches Mehl zum Preise von 90 Pfg. das Pfd.
d) 125 Gramm Morgentrank zum Preise von 1.20 Mk. das Pfd
e) 250 Gramm Kaffeeersatz zum Preise von 1.16 Mk. das Pfd.
f) 1 Paket Suppen zum Preise von 15 Pfg. das Paket.

Die Kaufleute haben die Zuweisung der Waren bei den Stadtmagistraten und Gemeindevorständen zu beantragen. Die Abgabe an die Verbraucher muß in die Butterverbrauchsbücher für versorgungsberechtigte Personen mit Tinte eingetragen werden.

Es bleibt den Gemeinden oder Kaufleuten, letzteren im Einvernehmen mit ihren Kunden überlassen, die hier für einen Monat bestimmten Mengen in Wochenraten abzugeben.

8562) **Mahlstedt.**

Der Konsumverein

strebt nach Errichtung von Eigenproduktion. Er wirkt dadurch und durch seine sonstige Einrichtung im Sinne des

Sozialismus.

Dieses zu unterstützen, sollte jeder Verbraucher dem Konsumverein nicht nur beitreten, sondern sich auch mit seinen Lebensmittelkarten in der vorgeschriebenen Zeit anmelden.

8474) **Der Vorstand.**

Einem geehrten Publikum die ergebene Mitteilung, daß ich mit dem heutigen Tage eine

Schuhwaren-Reparatur-Werkstatt

eröffnet habe.

Anfertigung nach Maß

Umarbeitung von Militärstiefeln schnell und gut sitzend.
Sämtliche Stiefel werden vorgeblättert.

Hans Raabe, Schuhmacher,
Broitzingstraße 18. (8570

Geschäfts-Eröffnung.

Wir beabsichtigen unsere

Schlachterei

wieder zu eröffnen und bitten höflichst um Eintragung in die Kundenliste. (8558

Roeckstr. 16 c. Fernspr. 1692.

Hochachtungsvoll
Mau & Hartmann.

HOLSTENHAUS

G. m. b. H. Lübeck

LESENSWERTE BILLIGE

BÜCHER

Eine Auswahl aus unserer reich sortierten Sonderabteilung

im II. Stock.

Alice Berend „Die zu Kittelsrode“, Roman	geb.	6.—
Max Geißler „Sterngucker“, Roman	geb.	6.50
Arthur Georg „Ledige Töchter“, humorist. Roman	geb.	6.—
Anselma Heine „Die verborgene Schrift“, Roman	geb.	7.50
Felix Holländer „Die Briefe des Fräulein Brand“	geb.	7.50
Felicit. Rose „Plauderbriefe einer Mutter“ üb. Kindererziehung		6.50
Fritz Skowronnek „Die süße Not“, Roman	geb.	6.50
Heinz Tovote „Die rote Laterne“, Novellen	geb.	3.50
Heinz Tovote „Klein Inge“, Novellen	geb.	4.25
Luise Westkirch „Das Licht im Sumpf“, Roman	geb.	6.50
Anny Wothe „Die den Weg bereiten“, Zeitroman	geb.	6.—
Anny Wothe „Am roten Kliff“, Roman von Sylt	geb.	6.—
Arthur Zapp „Die Sünde wider das Weib“, Roman	geb.	6.50
Hans von Zobeltitz „Der Alte auf Topper“, Roman	geb.	6.50
Fedor von Zobeltitz „Die Junker“, Roman	geb.	7.50

Zu diesen Preisen der vorgeschriebene Teuerungszuschlag von 10%.

Marlitt-Romane in großer Auswahl Jeder Band nur **1.20**

Auf unseren Ausstellungstischen im Parterre und im II. Stock
ein großer Posten
antiquarischer Werke jetzt 1.25 95 Pf. 75 Pf.

Moderne und klassische Noten
in reicher Auswahl — sehr preiswert.

Ich habe mich in Bad Schwartau, Bahnhofstraße 14 als Arzt niedergelassen.
Sprechstunden: 8—10 Uhr vorm. Fernsprecher: 1589.
8551) **Dr. Rieken.**

Kastenblockwagen
besonders stark, billig. (8549
Beckergrube 5 II.

Blockwagen
in allen Größen, bis 8 Ztr. Tragkraft. (8560
C. Bliesath Ww., Sandstr. 9.

Einladung. 8564
Sangesbrüder und Sangesfreunde
von Schwartau und Rensefeld
Versammlung
am Donnerstag, d. 30. Januar
abends 7½ Uhr
im Gasthof Kl.-Mühlen.

Sanitätsverband
d. freien Hilfskassen Lübecks

General-Versammlung
am Donnerstag, 30. Januar
abends 8 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 18.
2. Wahlen.
3. Innere Kassenangelegenheiten.

8561) **Der Vorstand.**

Hansa-Halle.
Donnerstag, den 30. Januar:
Gr. Kavalier-Ball.
Anfang 6 Uhr. (8572) J. Rieck.

Marmorsaal.
Auf vielfachen Wunsch zum achten Male.
Freitag, den 31. Januar, 8 Uhr
Bunter Ernst-Albert-Abend
mit allen lokalen und zeitgemäßen Schlagern.
Vorverkauf: Musikalienhdlg. Ernst Robert, Breite Str. 29.
3.—, 2.—, 1.— M. (8542

Hansa-Theater.
Mittwoch, abends 7 Uhr:
Schwarzwaldmädel.
Operette von Leo Jessel.
Donnerstag:
Der verliebte Herzog.
Nepomuk: Edgar Pauly a. G.
Freitag: (8558
Die Csardasfürstin
mit Edgar Pauly als Gast.

Stadttheater Lübeck.
Spielzeit 1918/19. 8547
Mittwoch, den 29. Januar:
Sigurd Braa.
Donnerstag, den 30. Januar:
Demetrius.
für die Schauspielgemeinde. Grüne Karten.
Freitag, den 31. Januar:
Die verkaufte Braut.
Sonnabend, den 1. Februar
Wilhelm Tell.

Handdünn
trägt man Dr. Gentner's Oelwachslederputz

Nigrin

auf das Leder auf, behandelt es nach einiger Zeit oder besser am anderen Morgen rasch mit weichem wollenen Lappen und erzielt so mühelos lackartig glänzendes und zugleich wasserdichtes Schuhzeug

Hersteller, auch des so beliebten Parkettbodenwachses Roberin: Carl Gentner, Göppingen. (8568

Former-Lehrlinge
zu Ostern 1919 stellen noch ein.
Scheteling & Nölck
Eisengießerei u. Maschinenfabrik
Lübeck Wakenitzstr. 4 a. (8557

Tüchtige Zuschneider
für Herren-Maßkleiderei gesucht **Walter Griesbach,**
8545) Hüxstraße 123 II.

Eiserne Bettstelle zu verkaufen
8544) Klappenstraße 12 part.

Zu verk. 1 P. langsch. Militärstiefel Gr. 41 billig
8546) Schmiedestr. 9, II.

Zu verkaufen ein Sportwagen mit Verdeck, 1 Badeofen, 1 Tafelwage m. Gewichten, 1 Petroleumlampe.
8541) Stenbockstr. 33 II.

Habe neuen Herrenpaletot gegen neuen Einbaute-Mantel zu vertauschen. (8573) Trägerstr. 12 III

---

2 Kastenwagen zu vermieten
8571) Moislinger Allee 64. O.

Extra starke Hand-
Blockwagen
3—8 Zentner Tragkraft.
Karl Schulmerich
8559) Mühlenstr. 28.

Heinr. Marquard
Klempner u. Mechaniker
Verwerk, Bogenstraße 9
empfiehlt sich (8548
zur Ausführung von in seinem Fache vorkommenden Reparaturarbeiten bei prompter Bedienung und zu soliden Preisen.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Lübeck.

Versammlung

der **Lastadiearbeiter**
am Freitag, 31. Januar, abends 7½ Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52

Tages-Ordnung:
1. **Wahlen.**
2. Innere Arbeitsangelegenheiten.

Mitgliedsbücher legitimieren.

8566 **Die Ortsverwaltung.**

Gr. Volksversammlung

der Stand- und Landbewohner
Mittwoch, den 29. Jan., 5 Uhr nachm.
im Restaurant „Seeschlösschen“,
Timmendorfer Strand. 8550

Die Neuregelung Deutschlands u. unsere Zukunft
Wohin gehören wir?
Zu Lübeck oder zu Schleswig-Holstein?
Freie Aussprache!
Kommt alle, jeder hat mitzusprechen!

Werkstätten für Malerei und Möbel-Lackierung
Friedel Folkers, Lübeck.
Seit 1. Januar 1919: **Aegidienstraße 23,** früher Wahmstr. 62.
Fernsprecher 1613. (8553
Ausführung sämtlicher im Fach vorkommenden Arbeiten, sowie Schriften, Glasbuchstaben, sämtliche Anstricharbeiten, sauberste Möbellackierung in allen Holzarten. — Reelle Bedienung.

Vergnügungshaus Erholung Israelsdorf.
Dielelmann. Donnerstag, 30. Januar W. Pries.
Wiederholungs-Ball.
Kassenöffnung 7 Uhr. (8552) Anfang 7½ Uhr.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Lübeck.

Versammlung

sämtlicher Angestellten der Lübecker Straßenbahn
am Donnerstag, 30. Januar, abends 9½ Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tages-Ordnung:
1. **Lohnfrage.**
2. Wahl eines Ausschußmitgliedes.
3. Innere Betriebsangelegenheiten.

Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.

8567 **Die Ortsverwaltung.**

Nr. 24
26. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Mittwoch
den 29. Januar 1919

Die Konstituierung der Völkerbundes.

In der interalliierten Friedenskonferenz in Paris ist der Völkerbund konstituiert worden. Wilson, der in den letzten Wochen immer bestimmter sein Programm des Verständigungsfriedens und der dauernden Friedenssicherung entwickelt hat, hat auch diesen seinen Hauptgedanken mit allem Nachdruck vertreten, und obwohl Clemenceau während des Krieges wiederholt gesagt hat, er werde niemals einem Völkerbund zustimmen, dem Deutschland angehöre, hat er doch in der entscheidenden Sitzung der Friedenskonferenz geschwiegen und es Lloyd Georges überlassen, die allgemeine Zustimmung zu Wilsons Gedanken kundzutun.

Zum Völkerbund zugelassen sind alle zivilisierten Nationen, d. h. nach Wilsons Erklärung alle Völker, die sich ihre eigenen Herren wählen und ihr eigenes Schicksal bestimmen. Ohne Nationalversammlung wären wir also aus dem Völkerbund ausgeschlossen, und wie verhängnisvoll das für ein Volk überhaupt und ganz besonders für Deutschland in seinem jetzigen Zustand der Machtlosigkeit wäre, liegt klar auf der Hand.

Die Sozialdemokratie wird mit Freuden den Satz Lloyd Georges unterschreiben, daß es wahrlich an der Zeit ist, die Völkerstreiteigkeiten auf eine andere Weise beizulegen, als durch die organisierte Schlächterei des modernen Krieges. Keine Regierung wird gewiß freudiger und rückhaltloser das Streben unterstützen, den Völkerbund zu einem Hort der Gerechtigkeit und des Völkerfriedens auszugestalten, als gerade die sozialistische Regierung der jungen deutschen Volksrepublik.

Wer aufrichtig dem Völkerbund zugetan ist, muß doppelt darauf achten, daß er nicht zur Unterdrückung des eignen Volkes mißbraucht werde. Und da sind schon bei der Konstituierung des Völkerbundes zwei erhebliche Ausstellungen unterlaufen. Zunächst erscheint es nicht richtig, daß der Völkerbund beschlossen und eingerichtet wird, lediglich von den Staaten, die gegen die Mittelmächte im Felde standen. „Es ist unsere Pflicht, hervorzuheben, daß man gegen uns in dieser idealen Sache, die die Menschheit jetzt durchführen muß, ungerecht vorgeht, wenn man es den Neutralen hartnäckig verweigert, sich daran zu beteiligen, klagt ein so unbedingt wilsenfreundliches Blatt wie der „Stockholmer Sozialdemokraten“. Und er fügt die unwillige Frage hinzu, warum der skandinavische Norden auf seine Bitten um Teilnahme keinerlei Antwort erhalte. Das skandinavische Komitee habe eine außerordentlich wertvolles Material über den Aufbau des Völkerbundes gesammelt, das unbedingt mit zur Sprache kommen müsse. Aber nicht nur die Neutralen, sondern auch die „besiegten Feinde“ hätten einen Anspruch darauf, gehört zu werden, wenn es sich darum handelt, den Krieg für die Zukunft auszuschließen und ein System der Gerechtigkeit aufzubauen. Der alten Machttheorie mag es entsprechen, daß nur der Sieger bestimmt, dem neuen Ideal der Gerechtigkeit unter den Nationen entspricht es keinesfalls.

Der Völkerbund soll zunächst eine Reihe von Kommissionen einsetzen, die Erhebungen darüber anstellen und Bericht erstatten sollen, welche Verletzungen der Kriegsgesetze und Kriegsbräuche von den Streitkräften des Deutschen Reiches und seiner Verbündeten auf dem Lande, zur See und in der Luft während des Krieges begangen worden sind. Auch das wäre nach den früheren Kriegsgebräuchen ganz normal, daß der Sieger sich am unterlegenen Feinde rächt. Soll aber in Zukunft Gerechtigkeit herrschen, dann dürfen nicht nur die Vergehen der einen Seite, sondern dann müssen alle Völkerrechtswidrigkeiten während des Krieges untersucht und bestraft werden, gleichviel, ob sie vom Sieger oder vom Besiegten ausgegangen sind. Auch hier wird in den Völkerbund von vornherein ein Moment der Einseitigkeit und Gehässigkeit hineingetragen, dem die deutschen Delegierten entgegentreten müssen.

Ebert über das neue Deutsche Reich.

Ueber die verfassungsmäßigen Grundlagen, die das neue Deutsche Reich durch die Nationalversammlung erhalten soll, hat sich der Volksbeauftragte Ebert in folgender beachtenswerter Weise zu einem Vertreter der „Frankf. Ztg.“ geäußert:

Die Hauptaufgabe der in der nächsten Zeit zusammentretenden Nationalversammlung wird sein, die Reichsverfassung zu beschließen. Das wird ein schweres Stück Arbeit werden, denn die Neugestaltung des Reiches wird mit vielem aufräumen müssen, was historisch und empfindungsgemäß dem einzelnen Deutschen ans Herz gewachsen ist. Wir hängen mehr als irgend ein anderes Volk am Hergebrachten. Das hat ja die Jahrhunderte lang währende Kleinstaaterei nur zu sehr zu unserem Nachteil bewiesen. Aber die Revolution würde um eine ihrer wertvollsten und notwendigsten Folgerungen gebracht werden, wenn sie nicht auch auf staatlichem Gebiet mit dem aufräumen würde, was bisher nur dynastischen Interessen gedient hat und sozusagen im Interesse der einzelnen Hausmacht eines Fürsten erhalten wurde. In der neuen deutschen Republik darf es nur noch Erhaltung wirklich schätzenswerter Stammeseigentümlichkeiten geben, nicht aber einen schädlichen Partikularismus auf Kosten des großen Ganzen. Unter Partikularismus verstehe ich in diesem Sinne sowohl den Eigennutz des kleinen Bundesstaates als auch die Herrsch- und Vormachtsgelüste des Großen.

Weder Anarchie noch Hegemonie: das muß im neuen Deutschland Parole sein. Der Verfassungsentwurf des Staatssekretärs Preuß, der bekanntlich einer der Führer der bürgerlichen Demokraten ist, ist eine gute Vorarbeit, um zu diesem großen Ziel zu gelangen. Die Reichsleitung hat sich im einzelnen darauf noch nicht festgelegt. Sie will zunächst die Vertreter der freien Staaten hören, die ja am letzten Sonnabend, das große Reichsinteresse allen Teilen zeigend, Kritik geübt haben. Die Entscheidung muß schließlich der eingehenden Beratung und Beschlußfassung der Nationalversammlung vorbehalten bleiben. Dem Entwurf wird in Preußen zum Vorwurf gemacht, er strebe eine Zerstückelung an, während in Süddeutschland ihm ein starker zentralistischer Zug vorgeworfen wird. In Wirklichkeit strebt er nach föderativen Prinzipien unter Ausschluß jeder Hegemoniestellung einen Staatenbund der Freistaaten an, der auf wirtschaftlichem Gebiet allerdings möglichst einheitlich gestaltet sein soll. Die Aussprache hat gezeigt, daß eine Verständigung mit den Freistaaten in dieser Richtung wohl möglich ist. Der Gesandte von Deutsch-Oesterreich, Dr. Hartmann, hat sich mit den Grundlinien des Preußschen Entwurfes einverstanden erklärt, aber es ist eine alte Sache, daß man über politische Gestaltungen erst dann diskutieren kann, wenn einmal etwas Schriftliches vorliegt. Unsere Freunde in Deutsch-Oesterreich sind entschlossen, einer Jahrhunderte alten, unnatürlichen Trennung ein Ende zu machen und nach so langem Zwang unter dem Bestimmungsrecht von Dynastien nun nur noch der Stimme des Selbstbestimmungsrechts zu gehorchen. Wir wollen nicht einen Zwang durch einen anderen ersetzen, sondern uns den Satz des Staatssekretärs Preuß im ganzen Umfang zu eigen machen: „Die Umgestaltung der territorialen Gliederung des Reiches kann freilich nicht einfach von oben her dekretiert werden, vielmehr muß die freie Selbstbestimmung der Bevölkerungen nach ihren wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnissen und Neigungen die Initiative ergreifen, das Reich nur leitend, vermittelnd und schließlich sanktionierend wirken.“

Von der Alliierten-Konferenz.

Ueber das Schicksal der deutschen Kolonien verhandelte der Oberste Rat. Es wurde Einigkeit zwischen Frankreich und England darüber erzielt, daß die Kolonien auf keinen Fall an Deutschland zurückgegeben werden dürfen, und zwar mit der Begründung, daß keine U-Boot-Basis geschaffen werden soll. Amerikas Ansicht ist noch unbekannt. Falls aber die Auffassung der französischen und britischen Delegation von den anderen unterstützt wird, so würde Frankreich, wie es heißt, Anspruch auf Kamerun erheben, während Belgien die Gebiete für sich beanspruchen würde, welche seine Truppen erobert haben, und zwar wünscht es Tabora, das Gebiet auf dem westlichen Abhang des Victoria Nyassa und einen Teil der westlichen Uferzone des Kongo. Da das letztgenannte Gebiet Portugal gehört, so würde Portugal Entschädigungsansprüche stellen.

Die alliierten Regierungen haben auf Anregung der amerikanischen Kommission beschlossen, den Bau der bereits auf Kiel liegenden leichten Kreuzer und Torpedojäger sofort einzustellen und für die Durchführung ihres Flottenbauprogramms die Entscheidung des Völkerbundes abzuwarten.

Die Kriegspolitik der Mehrheitssozialisten

wird durch den Brief, den Friedrich Engels am 24. Oktober 1891 an F. A. Sorge in Neuyork schrieb (Briefe und Auszüge aus Briefen an F. A. Sorge u. a. S. 371) in bemerkenswerter Weise beleuchtet und gerechtfertigt. Engels sagt dort: „Trotz der russischen Hungersnot wird die Kriegsgefahr größer. Die Russen wollen die neue französische Allianz rasch und gründlich diplomatisch ausbeuten. Und obgleich ich überzeugt bin, daß die russische Diplomatie keinen Krieg will, so können doch militärische und panslawistische Strömungen das Oberwasser bekommen und ebenso in Wien, Berlin und Paris Dummheiten passieren, die den Krieg zum Ausbruch bringen. Ueber diesen Punkt haben Bebel und ich korrespondiert und wir sind der Ansicht, daß, wenn die Russen Krieg mit uns anfangen, die deutschen Sozialisten au autrance (bis zum äußersten) auf die Russen und ihre Bundesgenossen, wer sie auch seien, loshauen. Wird Deutschland erdrückt, dann auch wir, während der Kampf im günstigsten Falle ein so heftiger wird, daß Deutschland sich nur durch revolutionäre Mittel halten kann und daß daher sehr möglicherweise wir gezwungen werden, ans Ruder zu kommen und 1793 zu spielen. Bebel hat darüber in Berlin eine Rede gehalten, die in der französischen Presse viel Aufsehen gemacht. Ich werde versuchen, dies den Franzosen in ihrer eigenen Sprache klarzulegen, was nicht leicht ist. Aber obwohl ich es für ein sehr großes Pech halte, wenn es zum Kriege käme und wenn dieser uns vorzeitig ans Ruder brächte, so muß man doch für diesen Fall gerüstet sein. Und es freut mich, daß ich da Bebel, der weitaus der tüchtigste unserer Leute ist, auf meiner Seite habe.“

Die Ansicht von Engels und Bebel, die in diesen Zeilen niedergelegt ist, zeugt einmal von dem staatsmännischen Weitblick der beiden Männer, da die Dinge zwar nicht 1891, wohl aber zweieinhalb Jahrzehnte später so kamen, wie sie es vorhersagten. Zum anderen ergibt sich aus den Ausführungen Engels', daß die alte sozialdemokratische Partei die grundsätzlich richtige Politik getrieben hat. Engels erklärt es schließlich für „Pech“, wenn die Sozialdemokratie durch die Wirkungen des Krieges „vorzeitig“ ans Ruder käme. Unter diesem „Vorzeitig“ versteht er zweifellos einen Zeitpunkt, in dem das Wirtschaftsleben noch nicht für die allgemeine Sozialisierung herangereift ist. Auch in dieser Beziehung hat Engels und mit ihm Bebel die Dinge mit wunderbarer Klarheit vorausgesehen. Wäre unser Wirtschaftsleben dichter an die Sozialisierung herangewachsen, als es in Wirklichkeit der Fall ist, so würde es innerhalb der Sozialdemokratie nicht Spaltungen und Parteiungen von der jetzt hervorgetretenen Schroffheit geben. Die Aeußerung von Engels steht auch in auffälligem Gegensatz zu der Auffassung von Rosa Luxemburg, die meint, das Proletariat könne nicht früh genug zur Herrschaft kommen und müsse revolutionäre Anstürme gegen die herrschenden Gewalten unternehmen, auch wenn deren Scheitern so gut wie sicher sei. Engels war eben kein Freund von Putschen, ebensowenig wie Bebel. Der Bolschewismus und die Spartakustreibereien beruhen auf einem mißverstandenen Marxismus und einer nur durch doktrinäre Weltfremdheit erklärbaren Verkennung der wirtschaftlichen Möglichkeiten. Der Mißerfolg des falsch verstandenen Marxismus liegt in Rußland klar zutage. Es ist rätselhaft, wie Menschen, die sonst klar zu denken vermögen, das in Rußland fehlgeschlagene Experiment bei uns zu wiederholen versuchen und dem deutschen Volke einen Anschauungsunterricht erteilen wollen, der weite Kreise mit einer scharfen Gegnerschaft nicht nur gegen die doktrinären Irrlehrer, sondern gegen die Sozialdemokratie überhaupt durchdringen muß.

Die gewerkschaftlichen Forderungen zum Friedensschluß.

Durch die Gewerkschaftskonferenzen in Leeds 1916 und in Bern Oktober 1917 sind Forderungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aller Länder erhoben und formuliert worden, die zwar sich nicht vollständig decken, aber doch im wesentlichen den

Eine königliche Schauspielerin.

Roman von Ludwig Bendler.

2. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Rosa war ein Schatz für Daniela Herzog, ihre Dienerin und Vertraute in einer Person. Als weitläufige Verwandte gesetzten Alters hatte sie die jetzige königliche Hofschauspielerin von Beginn ihrer Laufbahn an schon aus dem elterlichen Hause heraus begleitet und sich ihr in den acht Jahren ihres gemeinsamen Lebens als eine musterhafte Gefährtin treu bewährt, — selbst in bedenklichen Lagen, bei kritischen Geschehnissen.

Daß es an derartigem im Werdegang einer Bühnenkünstlerin nie und nimmer fehlt, diese Erfahrung war auch Daniela Herzog, der Tochter eines braven, aber weltfremden Landpfarrers, nicht erspart geblieben. Sie hatte sich, wie jede andere ihres Berufs, künstlerisch, moralisch und, da sie schon als Achtzehnjährige gegen den entschiedenen Willen ihrer vorurteilsvollen Eltern Schauspielerin geworden war, auch materiell harten Kämpfen gegenübergesehen.

Dank ihres eigenen gefestigten Charakters und immer in Rosa kräftigen Halt besitzend, war sie aber jederzeit als obsiegender Teil aus diesen hervorgegangen.

In der Liebe war ihr einmal eine arge Enttäuschung nicht erspart geblieben. Ein Herr der Gesellschaft, den sie gern mochte, war mit einem Eheversprechen an sie herangetreten. Als es aber zur Heirat kommen sollte, zog er sich zurück, wohl aus Vermögensgründen. Als Offizier — er brauchte Geld. Was blieb ihm anders übrig?

Seit jener Episode hatte Daniela jederzeit so viel Kraft besessen, den mancherlei Lockungen, mit denen das Berufsleben ihr verführerisch kam, mit eisernem Widerstand zu begegnen.

Von außerordentlicher Begabung unterstützt, war es ihr gelungen, sich nach nur wenigen Wanderjahren den Platz als erste Liebhaberin und Heroine an einem königlichen Theater, den sie nun schon über drei Jahre innehatte, durch künstlerische Kraft tatsächlich zu erobern, — ein Einzelfall unter Tausenden.

Jetzt stand sie fest als vielbewunderte erste Kraft des Hofschauspiels, unantastbar als Künstlerin wie auch als Weib. Keiner hätte es gewagt, ihr zu nahe zu treten, keiner, ihre Stellung erschüttern zu wollen, schon deshalb nicht, weil sie sich auf Grund ihres vornehmen Wesens der besonderen Gunst ihrer Landesherrin erfreute.

Von den Besuchern, die sich heute aller Voraussicht nach bei Fräulein Herzog einfinden würden, war dreien der Vorzug, von ihr empfangen zu werden, von vornherein zugedacht: dem Doktor Rittershaus, einem Mediziner aus Danielas Heimatsort, ferner dem zweiten Kapellmeister der Hofoper, Nohaschek, und endlich dem jungen Schauspieler in spe Willi Cornelius, dem Sohn des Kanzleirats.

Doktor Ritershaus war ein intimer Freund ihres früh verstorbenen Bruders Fritz und ihr eigener Spielkamerad in der Kinderzeit gewesen, eine treue, zuverlässige Seele, aber etwas verschlossen, in sich gekehrt. Seine Anhänglichkeit an Fritz, die er ihm auch über das Grab hinaus bewahrte, machte ihn trotzdem Daniela wert.

Dem Hofkapellmeister Nohaschek, einem der himmelstürmendsten Neuerer auf musikalischem Gebiet, war es einmal vergönnt gewesen, Danielas Aufmerksamkeit durch eine entschiedene Sprache gegen den an der Hofoper herrschendne Zopf auf sich zu lenken, durch eine Sprache, die allerdings hier gerade wenig am Platze war.

Der junge Dirigent hatte sich zwar durch sein Bekenntnis künstlerisch hervorgetan, dienstlich aber unzemein geschadet. Ein Höherer, Aelterer als er, Generalmusikdirektor Christofani, führte Wort und Zepter in der Musik und zeigte nicht die mindeste Lust, sich irgendwie beschränken, irgendwo hineinreden zu lassen.

So hatte Nohaschek bloß erreicht, unter die Zahl der unbequemen Mitglieder zu geraten, als ein Mißvergnügter zu gelten, der er auch von Tag zu Tag mehr wurde.

Trotz alledem — Daniela neigte sich ihm zu, weil seine Persönlichkeit, seine unerschrockene Haltung und nicht zuletzt sein glänzendes Klavierspiel ihr imponierten.

Selbst sehr musikalisch und im Besitz einer hübschen Altstimme, sagte sie ihm einmal Artigkeiten darüber und lud ihn dann auch zu gemeinsamem Musizieren bei sich ein.

Der Verkehr mit dem vielumworbenen Star des Schauspiels schmeichelte wiederum dem jungen Kapellmeister nicht wenig. Er kam, kam öfter und die Zahl seiner Besuche steigerte sich nach und nach derartig, daß schließlich kaum noch ein Tag verging, an dem er nicht erschienen wäre.

Zu erörtern gab es für Daniela stets etwas mit Nohaschek, denn er erwies sich, obgleich noch junz, als ein wohlversierter Mann und jederzeit interessant in seinen Ausführungen. Sogar auf wissenschaftlichem Gebiet offenbarte er mancherlei Kenntnisse und fesselte Daniela, wie kaum ein anderer aus dem Kreise ihrer Bekannten.

Sie konnte sich nicht verhehlen, daß der neunundzwanzigjährige Kapellmeister auf dem besten Wege war, ihr ein lieber, vielleicht sogar recht gefährlicher Gesellschafter zu werden.

Der dritte in der Zahl der für heute bestimmt erwarteten Besucher erschien der Reihe nach als der erste: Willi Cornelius.

Einer Verabredung gemäß sollte er sich um elfeinhalb Uhr mit der Empfehlung seines Vaters bei Fräulein Herzog vorstellen und meldete sich auch pünktlich.

Willi Cornelius gehörte zu den Kleinen, auch war er schmächtig, fast dürftig in der Gestalt. Wenn sein Vater ihn dem Agenten Schlesinger gegenüber als hübsch bezeichnet hatte, so war diese Einordnung nur als eine Folge väterlicher Parteilichkeit verständlich.

Willi besaß eher häßliche als hübsche Gesichtszüge, aber ein dunkles, feuriges Augenpaar. Auch erfreute er sich gesunder prächtiger Zähne und eines dichten üppigen Haarwuchses.

Philologie zu studieren, war ursprünglich sein Plan gewesen, aber der viele Theaterbesuch, der ihm dank der Zugehörigkeit seines Vaters zu dem königlichen Institut freistand, hatte eine Wandlung seiner Wünsche im letzten Jahre herbeigeführt. Nichts Höheres gab es jetzt für ihn, als das Ziel, Schauspieler zu werden.

Sein Interesse an sämtlichen Mitgliedern des Hoftheaters hatte sich bald mehr und mehr entwickelt, für niemand aber doch in gleichem Maße, wie für Daniela Herzog, die vornehmste Trägerin des bedeutenden Rufes, dessen das Ensemble sich erfreute.

Von ihr, von ihren Leistungen war der Novize begeistert, sodaß er seinem Vater mit dem Wunsche kam, den auch dieser Fräulein Herzog übermittelte, ihr seine Aufwartung machen zu dürfen.

Als ihr junger Kollege in spe, von Rosa geleitet, das geräumige, außerordentlich geschmackvoll eingerichtete Empfangszimmer Danielas betrat, befand sich diese schon darin, des Besuches gewärtig.

Ein leichtes Hausgewand, leger gearbeitet und doch die Formen deutlich wiedergebend, umhüllte das Ebenmaß ihrer prächtigen Gestalt, die durch das stolz getragene Haupt mit dem edelgeformten Gesicht entsprechend gekrönt wurde.

Freundlich lächelnd trat sie, Willi begrüßend, ihm entgegen. Kein Mensch konnte ihr im entferntesten die Enttäuschung anmerken, die sie bei des jungen Mannes erstem Anblick empfand.

Geschildert war er ihr als ein angehender Adonis. Nun kam da ein Kerlchen, das kaum das Mindestmaß für einen Mann mitbrachte, dem so ziemlich jede Kollezin, nach Zentimetern gemessen, den Rang ablaufen mußte. Welches Rollenfach sollte der ausfüllen, wo mochten bei ihm die Qualitäten stecken, auf Grund deren er sich das Recht anmaßte, auf den Brettern glänzen zu wollen? Unbegreiflich! —

Daniela hatte auf einer Chaiselogue Platz genommen, ihrer Einladung folgend auf einem Sessel ihr gegenüber auch der junge Cornelius.

„Ihr Herr Vater erzählte mir,“ hub Daniela an, „Sie gingen mit der Idee um, sich in die Reihen der Unsrigen zu stellen.“

Fortsetzung folgt.

gleichen Inhalt haben. An den Leedsser Beschlüssen waren die Gewerkschaften Englands und Frankreichs hauptsächlich beteiligt, während in Bern neben den Gewerkschaftsorganisationen der Zentralmächte auch die meisten der dem internationalen Gewerkschaftsbunde angehörenden neutralen Länder teilnahmen. Der wesentliche Unterschied der beiderseitigen Beschlüsse betrifft die Frage der Arbeiterwanderungen, der Freizügigkeit. Die Entente-Gewerkschaften in Leeds stellten als grundlegendes Prinzip das Recht auf Arbeit auf: Jeder Arbeiter, ganz gleich, welcher Nationalität, soll das Recht haben, dort zu arbeiten, wo er Beschäftigung finden kann. Aber dieses Recht auf Arbeit im Leedsser Programm bedeutet lediglich die Konstatierung eines Prinzips, das in den weiteren Punkten des Programms, die Ein- und Auswanderung betreffend, bereits ganz erheblich modifiziert oder eingeschränkt wird. Denn hier wird bestimmt, daß Aus- und Einwanderungen der Arbeiter organisiert werden, daß in jedem Lande eine besondere Kommission die Ein- und Auswanderungen kontrollieren und daß die Anwerbungen von Arbeitern in einem fremden Lande erst gestattet werden, wenn diese Kommissionen über die Anwerbeverträge günstige Gutachten abgegeben haben. Die Anwerbungen der Auswanderer sollen von den Gewerkschaften des Auswanderungslandes, die Durchführung der Arbeitsverträge von der Gewerkschaft des Einwanderungslandes kontrolliert werden.

Dieses Prinzip hat man in Bern nicht akzeptieren können. Man fand dort, daß kein Grund vorliegt, an der bisherigen Haltung der internationalen Arbeiterkongresse in dieser Frage etwas zu ändern, eine Haltung, die auch von den internationalen Gewerkschaftskonferenzen in Christiania und Budapest bereits akzeptiert worden ist.

Die Arbeiterinternationale hat bisher gerade die Kontraktarbeit abgelehnt. Was in Leeds aber beschlossen wurde, ist die ausschließliche Zulassung der Kontraktarbeit bei der Arbeiterwanderung. Gewiß wollen die Arbeiter der Ententeländer, die für die Leedsser Beschlüsse eintreten, diese Arbeitskontrakte sowohl bei ihrer Entstehung als bei ihrer Durchführung der Kontrolle der Gewerkschaften unterwerfen. Aber man sagte sich in Bern mit vollem Rechte, daß die Gewerkschaften der Auswanderungsländer in der Regel so schwach sind, daß eine Kontrolle der Anwerbung von Kontraktarbeitern dort nur mehr fiktiver Art sein könne. Auf der anderen Seite ist es auch eine bekannte Tatsache, daß in manchen Industrien oder Erwerbszweigen, die fremde Arbeiter beschäftigen, auch die Gewerkschaftsorganisationen des Einwanderungslandes noch sehr schwach sind. Deutschland wird aber bei den kommenden Friedensverhandlungen die Forderungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter vertreten, soweit ihm überhaupt von dem Ententeimperialismus, der heute das Heft in der Hand hat, die Möglichkeit dazu gelassen wird. Diese Forderungen beziehen sich auf die Festlegung der internationalen Freizügigkeit, auf der obigen Grundlage des Berner Programms, und auf die Sicherstellung des Koalitionsrechts der Arbeiter und Angestellten in jedem Lande. Ebenso wird die Anerkennung des Anspruchs der wandernden Arbeiter auf die im Einwanderungslande auf Grund von Tarifverträgen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern festgesetzten Löhne erfordert. Eine Ausweisung von Arbeitern wegen gewerkschaftlicher Handlungen darf nicht stattfinden und die Anrufung gerichtlicher Entscheidungen gegen alle Ausweisungsbefehle vor deren Vollstreckung ermöglicht werden. Gemeinsame Einrichtungen zur Frage der Arbeitsmarktstatistik sollen geschaffen werden, um eine Grundlage für die Arbeiterwanderungen international herbeizuführen.

Ebenso sind die Gewerkschaftsforderungen betreffend die Durchführung einer Pflichtversicherung der Arbeiter gegen Krankheit, Unfall, Invalidität, Alter und Arbeitslosigkeit anerkannt worden und die Forderungen einer Hinterbliebenen- und Mutterschaftsversicherung ebenfalls dem Programm eingefügt. Hinsichtlich des Arbeiterschutzes soll besonders darauf hingewirkt werden, daß die Kinder, jugendlichen und weiblichen Personen in gesundheitsschädlichen Betrieben geschützt und die zur Durchführung des Arbeiterschutzes erlassenen Vorschriften durch strenge Ueberwachung sichergestellt werden. Daß Deutschland die internationale Anerkennung des Achtstundentages fordern muß, ist nach seiner Durchführung in Deutschland selbstverständlich; es ist aber insofern eine Uebereinstimmung mit dem Berner Programm erzielt worden, daß eine Uebergangsfrist zum Achtstundentag von drei Jahren vorgesehen ist.

Das Schulalter der Kinder ist dem Leedsser Programm entsprechend auf 14 Jahre festgesetzt, während das Berner hier 15 forderte. Die niedrigere Grenze ist mit Rücksicht auf den internationalen Charakter eines solchen Vertrages gewählt worden; unter den vertragschließenden Ländern befinden sich solche, die eine wesentlich niedrigere Schutzgrenze und auch solche, die gar keine Schutzgrenze haben. Es muß aber uns alles daran liegen, auch diese Länder mit heranzuziehen.

Ebenso wurden die Leedsser sowohl als die Berner Forderungen hinsichtlich der Schaffung einer internationalen Zentralstelle für den Arbeiterschutz anerkannt. Das Internationale Arbeitsamt soll in seiner Tätigkeit nach Möglichkeit insbesondere auch durch Zuwendung von Geldmitteln gefördert werden unter der Voraussetzung, daß es außer der bisherigen Tätigkeit auch die Sozialversicherung in den Bereich seiner Tätigkeit zieht. Daneben soll eine ständige Kommission gebildet werden zur Vorbereitung der internationalen Arbeiterschutzkonferenzen und einer sachgemäßen Ueberwachung der Konferenzbeschlüsse sowie zur Erteilung von Auskünften über sozialpolitische Fragen.

Soweit ist die Materie bis heute gediehen. Welche Stellung die Ententeländer zu dieser wichtigen Frage einnehmen, ist bisher unbekannt, aber man darf hoffen, daß die Gewerkschaften und die Arbeiterparteien insbesondere Englands und Frankreichs alles daran setzen müssen, um ihre Regierungen zur Anerkennung der Arbeiterforderungen zu bringen.

Wirtschaftliches.

Höchste Gefahr für Licht und Kraft!

Die Berliner Elektrizitätsversorgung hängt davon ab, daß jeden Tag etwa 800 bis 900 Tonnen Steinkohle herangeschafft werden. Sobald die Lieferungen noch weiter nachlassen, ist mit der Stillegung der Werke zu rechnen. Alle Schritte der Reichsregierung zur Besserung der Kohlenversorgung sind bisher ohne nennenswerte Erfolge geblieben. Zwar wird aus Schlesien dauernd gemeldet, daß die Streiks beendet sind, eine Erhöhung der Verladeziffern aber läßt sich kaum feststellen. Auf die Aufrufe des Niederlausitzer Braunkohlenkohlenbergbaudistrikts, das 10 000 Arbeiter verlangt, haben sich nur 150 Arbeiter gemeldet, obwohl in Berlin nach der Statistik 150 000 Menschen Arbeitslosenunterstützung beziehen. Kohle wird nur noch an Lebensmittel-, Papierfabriken, Gas- und Elektrizitätswerke abgegeben. Diese Maßnahme allein bedeutet eine Stillegung des größten Teils der Privatindustrie.

Die Streikbewegungen im Ruhrrevier.

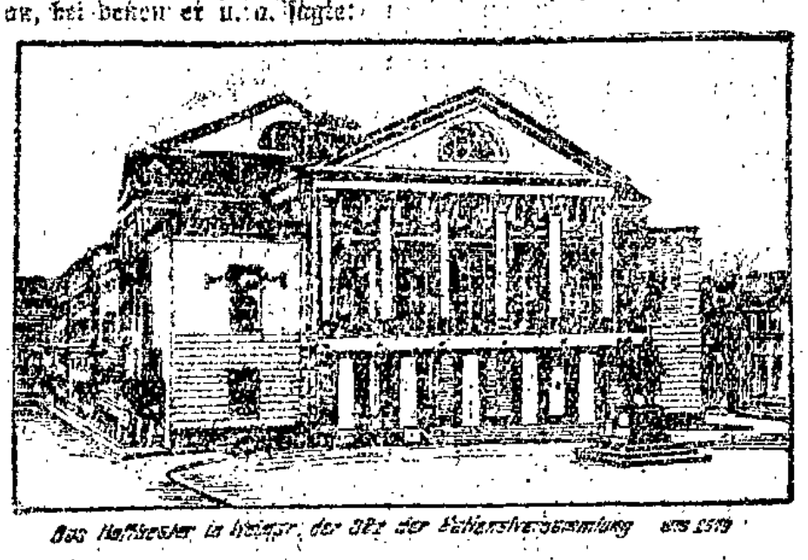
Die Ausstandsbewegung auf den Zechen im Ruhrrevier ist beendet. Der durch die Streiks entstandene Ausfall der Kohlenförderung ist fast um ein Drittel der durchschnittlichen Arbeitsleistung der letzten Kriegsmonate zurückgegangen. Im Dezember wurden nur 5,7 Millionen Tonnen Kohlen gegen 8,7 Millionen im August gefördert, die Koksfabrikation ging von 2,4 auf 1½ Millionen Tonnen zurück, während die Brikettlieferung sich gleichfalls um ein Drittel vermindert hat. Die Ziffern für den Januar müssen sich, soweit man bisher übersehen kann, noch erheblich ungünstiger gestalten.

Aus der Partei.

Vor der Sozialistenkonferenz. Die „Humanité" teilt mit, daß auf der ersten internationalen Sozialistenkonferenz am 3. Februar folgende Nationen vertreten sein werden: Frankreich, England, Italien, Deutschland, Oesterreich, Deutsch-Böhmen, Dänemark, Holland, Schweden, Belgien, Argentinien, Griechenland, Polen und Finnland.

Goethe und die Revolution.

Wir bringen hier ein Bild des Nationaltheaters in Weimar, in dem die zukünftigen Schlachten über Deutschlands Erneuerung geschlagen werden. Weimar ist besonders berühmt durch Deutschlands größten Dichter, Goethe, der hier die meiste Zeit seines Lebens zubrachte. Es dürfte deshalb interessieren, wie sich Goethe zu den Staatsumwälzungen stellte. Mit Eckermann stellte er über die französische Revolution nachträgliche Betrachtungen an, bei denen er u. a. sagte:



Das Hoftheater in Weimar, der Ort der Nationalversammlung anno 1919

„Und wiederum ist für eine Nation nur das gut, was aus ihrem eigenen Kern und ihrem eigenen allgemeinen Bedürfnis hervorgegangen, ohne Nachäffung einer anderen. Denn was dem einen Volk auf einer gewissen Altersstufe eine wohltätige Nahrung sein kann, erweist sich vielleicht für ein anderes als ein Gift. Alle Versuche, irgendeine ausländische Neuerung einzuführen, wozu das Bedürfnis nicht im tiefen Kern der eigenen Nation wurzelt, sind daher töricht und alle beabsichtigten Revolutionen solcher Art ohne Erfolg, denn sie sind ohne Gott, der sich von solchen Pfuschereien zurückhält. Ist aber ein wirkliches Bedürfnis zu einer großen Reform in einem Volke vorhanden, so ist Gott mit ihm und sie gelingt."

Da muß man unwillkürlich an die kaum begreifliche Art des Spartakusbundes denken, die Revolution in Deutschland auf demselben Wege und mit denselben Mitteln und Einrichtungen machen zu wollen, wie sie in Rußland gemacht worden ist.

Die Königsberger Volkszeitung wurde von etwa 100 Soldaten unter spartakistischer Führung heimgesucht. In der Buchhandlung wurden die Scheiben eingeschlagen und die Bücher auf die Straße geworfen. Sie sagten darauf, das sei die Rache gegen Liebknecht und Luxemburg. In der Druckerei vernichteten sie den bereits fertigen Teil der Sonnabendnummer und andere Druckerzeugnisse. Wild wie Vandalen hausten sie unter dem Papier. Der unabhängige Parteisekretär Donalies hatte den Eindringlingen vorher zur gütlichen Beruhigung vorgehalten, wie die „Volkszeitung" kämpfe, um ihnen zu sagen, daß man nur geistig kämpfen dürfe. Ein Setzer wurde auch tätlich angegriffen. Die „Volkszeitung" konnte infolge des Ueberfalles ihre letzte Wahlnummer am Sonnabend nicht mehr herausbringen.

Aus Nah und Fern.

Streik bei der Berliner Straßenbahn. Die technischen Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn sind in den Streik getreten. Beteiligt sind an ihm etwa 2000 Personen.

Reiche Beute von Taschendieben. In Berlin hatte ein Herr 82 000 Mark in losen Brillanten angelegt, die er beständig bei sich trug, weil er sie in der Tasche am sichersten glaubte. Sie wurden ihm am Anhalter Bahnhof gestohlen, ohne daß er etwas merkte. Ein anderer Herr trug ständig in der Brieftasche 62 000 Mark bei sich, weil er sie zu Hause nicht für sicher hielt. Ihm stahl ein Taschendieb in einem Gedränge in der Friedrichstraße die Brieftasche mit Inhalt.

Mietswucher in Weimar. Für die Unterbringung der Teilnehmer an der Nationalversammlung werden nach einer amtlichen Bekanntmachung des Weimarer Gemeindevorstehers (Wohnungsamt) 500—600 möblierte Zimmer in Privathäusern benötigt. In dieser Bekanntmachung heißt es über die Preise für solche Zimmer: „Durch eine Kommission werden die Zimmer besichtigt und je nach der Güte derselben ein Tagesmietspreis von 3, 4 oder 5 Mk. bestimmt. Außerdem wird für zu stellende Bedienung, Heizung und Beleuchtung der Betrag von 2 Mk. und für ein bestimmtes Frühstück 1,50 Mk. gewährt.

Ein Beitrag zu dem Kapitel Durchhalten wird aus Essen gemeldet. Bei einem Fabrikanten in dem Fabrikort Eilpe bei Hagen in Westfalen wurde ein Hamsternest ausgehoben, wobei die Polizei folgende Hamstervorräte entdeckte: 2000 Pfund Mehl, 1900 Pfund Roggen und Weizen, 1000 Pfund Bohnen und Erbsen, 150 Pfund Speck, 350 Pfund Seife, 150 Pfund Würfelzucker, 10 Flaschen Speiseöl, 50 Pfd. Kakao, 9900 Zigarren, 2000 Zigaretten, 49 Dosen Milch, 300 Tafeln Schokolade, 1200 Eier und 400 Pfund Reis.

Schwarze Pocken. Im Amtsbezirk Kehl brachen die schwarzen Pocken aus.

Schmuggel mit Tausendmarkscheinen. Der Schmuggel mit Reichsbanknoten, der jetzt einen großen Umfang annimmt, hat in den letzten Tagen wiederholt zu Verhaftungen geführt. So wurden in Emmerich mehrere Personen, bei denen man über eine Million deutscher Banknoten in den Kleidern eingenäht fand, und in Kreuzlingen an der Schweizer Grenze drei Personen, denen 275 000 Mark Papiergeld abgenommen werden konnten, verhaftet. Die Zentrale dieses Handels bildet nach den Ermittelungen der Kriminalpolizei Berlin, und hier das alte Scheunenviertel. In der Grenadierstraße und Umgebung hausen galizische Händler, die als Spezialität den Aufkauf von deutschen Banknoten betreiben. Sie suchen vor allem die Reichsbanknoten mit dem roten Stempel, Tausend- und Hundertmarkscheine, die noch unter der alten Regierung ausgegeben wurden, herauszulocken. Das wird ihnen auch nicht allzuschwer. Denn sie zahlen für den Tausendmarkschein 1200 Mark und für den Hundertmarkschein 120 Mark. Die Hintermänner der Aufkäufer sitzen im Ausland. Ihre Agenten zahlen für einen Tausendmarkschein 1250 Francs, den alten Kurs, den Satz, den auch die Franzosen den Elsässern bewilligen, um sie schadlos zu halten. Die Aufkäufer lassen sich die meistens sehr hohen Beträge in Schecks auf französische Banken zahlen. Sie erhalten so für 1250 Francs nach dem heutigen Kurswert ungefähr 200 Mark. So bleibt ihnen an jedem Tausendmarkschein ein Ueberschuß von ungefähr 800 Mark. Die eigentliche Gefahr besteht darin, daß die ausgeführten Banknoten im Auslande gesammelt und zugunsten der Reichsbank präsentiert werden. Diese muß dann den Goldschatz dafür hergeben.

Eine Million Mark beschlagnahmt. Einem großen Geldschmuggel scheint die Berliner Kriminalpolizei durch die Verhaftung einer Reisegesellschaft auf die Spur gekommen zu sein. Von Breslau aus war auf eine Reisegesellschaft aufmerksam gemacht worden, die von Kattowitz nach Berlin unterwegs war und in ihren Abteilen erster und zweiter Klasse viele Gepäckstücke mit sich führe. Zwei Soldaten der republikanischen Soldatenwehr, die mit der Zugkontrolle beauftragt worden waren, erkundigten sich nach dem Inhalt der Gepäckstücke und nahmen die Reisenden, als sie ihnen keine Auskunft geben konnten, fest. Sie wurden nach dem Polizeipräsidium gebracht, wo man feststellte, daß die Gepäckstücke mit deutschem, russischem und polnischem Geld gefüllt waren. Ein Fräulein Sara Fertig aus Berlin hatte außerdem noch eine sehr große Summe in Tausendmarkscheinen in einem großen, aus Handtüchern zusammengenähten Beutel um den Leib geschlungen. Weder sie noch die männlichen Mitglieder der Reisegesellschaft, ein gewisser Heinrich Wegschal, ein Aron Rat und ein gewisser Koschitzki, konnten über das Geld, insgesamt ungefähr eine Million Mark, nähere Angaben machen. Einen kleineren Teil wiesen sie als ihr Eigentum nach; alles übrige wollen sie nur zum Transport erhalten haben, ohne selbst zu wissen, wieviel die einzelnen Gepäckstücke enthielten. Nach den Feststellungen der Kriminalpolizei scheint es sich um einen großen Geldschmuggel zu handeln, der für das Ausland bestimmt war. Das Geld wurde einstweilen beschlagnahmt. Nach den bei den Reisenden vorgefundenen Abrechnungszetteln scheinen diese eine noch viel höhere Summe bei sich gehabt zu haben, denn diese lauten über Beträge in einer Gesamthöhe von 66 Millionen Mark.

Theater und Musik.

Im Stadttheater sang gestern in einer guten „Troubadour"-Aufführung Fräul. Molenar vom Kieler städtischen Theater die Azucena. Die Künstlerin, die auf Anstellung gastierte, besitzt eine kräftige, wohlklingende Altstimme von erheblichem Umfang und guter Schulung. Ihrem Gesange mangelte es auch nicht an Ausdruck und Wärme der Empfindung. Darstellerisch bemühte sie sich, die alte Zigeunerin in der üblichen Weise, ohne besondere Charakteristik, wiederzugeben. Der Gesamteindruck war, daß unsere Bühne in Fräul. Molenar eine für unsere Oper geeignete Kraft gewinnen kann. P. L.

Bekanntmachung.

Wir verweisen nochmals auf unsere Bekanntmachung, nach der **Polen die Bahn zwecks Rückkehr in die Heimat nicht benutzen dürfen** und deshalb auf ihren bisherigen Arbeitsstellen vorläufig verbleiben müssen. (Verfügung der Regierung vom 16. 12. 18.)

Arbeiter- und Soldatenrat.
Urlaubs-Abteilung.
Kramer. Huber.

8578)

Wahlen zur Bürgerschaft.

Diejenigen wahlberechtigten Personen, welche in der Zeit vom 15. bis zum 25. Januar d. Js. die lübeckische Staatsangehörigkeit erworben haben und daher erst innerhalb der gesetzlichen Einspruchsfrist in die Wählerlisten für die Wahlen zur Bürgerschaft aufgenommen worden sind, können die Listen in der Zeit vom 30. Januar bis einschließlich 1. Februar d. Js. von 9 Uhr morgens bis 1 Uhr nachmittags, im Hause Mengstraße 6 (1. Obergeschoß) nachträglich einsehen.

Lübeck, den 28. Januar 1919. (855

Das Polizeiamt.

Fortfall der Zusatzbrotkarten für Schwer- und Schwerstarbeiter.

Vom 1. Februar 1919 ab fallen die den Schwer- und Schwerstarbeitern und den ihnen gleichgestellten Militärpersonen bisher gewährten Brotzulagen fort.

Lübeck, den 28. Januar 1918. (856

Das Landesversorgungsamt.

Die nach der Bekanntmachung vom 25. August 1917, betreffend Einschränkung des Gasverbrauchs zu 5. Absätze 1 und 2 freigegebene Monatsmenge beträgt für den **Februar 1919 55 cbm.**

Lübeck, den 28. Januar 1919. (857

Die Betriebsbehörde.

Deutscher
Transportarbeiterverband
Ortsverwaltung Lübeck.

Nachruf.

Am Sonntag, dem 26. Januar verstarb unser Mitglied der Straßenbahnführer

Karl Mohr.

Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 30. Januar, nachmittags 4¼ Uhr von der Leichenhalle des Vorwerker Friedhofes statt.

Um rege Beteiligung ersucht

8565 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher
Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Lübeck.

Am 25. dies. Mts. starb unser Kollege, der Tischler

Ferdinand Boldt.

Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Beerdigung erfolgt Donnerstag nachmittag 1¾ Uhr von der Kapelle des Vorwerker Friedhofes aus. (8568

Die Kollegen sammeln sich um 1 Uhr mittags im Lokale „Wiener Hutch".

Die Lokalverwaltung.

Deutscher
Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Lübeck.

Am 25. dies. Mts. starb unser langjähriges Mitglied (8575

Christian Soltau.
(Bezirk 20).

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 30. Januar, nachmittags 2½ Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof statt.

Ferner starb am 28. d. M. unser Mitglied

Max Schroeder.
(Bezirk 19).

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 1. Februar, nachm. 2½ Uhr, von der Kapelle des Vorwerker Friedhofs aus statt.

Die Ortsverwaltung.

Glasscheiben aller Art off.
C. Tauanitz, Glashandlg., Fleischhauerstr. 35. Fernr. 2818

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der
Buchdr. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.